

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Vertikale oder deren Raum 60 Pfg.
Wergilgungsangelegen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsangelegen 15 Pfg.

Der Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet in der Woche vom 18. bis 19. September in Nürnberg statt. Dieser Tagungsort ist gewählt, weil es gilt, dort gleichzeitig ein Parteijubiläum zu feiern. Vor 40 Jahren tagte im Rathausaal zu Nürnberg ein Vereinstag deutscher Arbeitervereine. Diese Arbeitervereine waren vorzüglich fortschrittliche Gebilde. Allmählich vollzog sich aber in einem Teil dieser Vereine ein Gefinnungsumschwung. Und auf dem Nürnberger Vereinstag war es, wo Bebel und seine Freunde für den Sozialismus Partei ergriffen. Das von ihnen vorgelegte sozialistische Programm wurde von der Mehrheit des Vereinstages akzeptiert, worauf sich die bürgerliche Minderheit von der Tagung entfernte. Aus der Mehrheit der Nürnberger Tagung bildete sich ein Jahr später die Eisenacher Partei, die von so großem Einfluß auf die Entwicklung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gewesen ist.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so dürfte es auf dem Parteitag diesmal wieder recht lebhaft zugehen. Es ist vornehmlich die Frage der Budgetbewilligung, die wieder einmal den Anlaß zu einem recht häßlichen Streit in der Partei gegeben hat und die voraussichtlich auch auf dem Parteitag lebhaftere Erörterungen hervorrufen dürfte. Die Frage liegt zu sehr außerhalb unserer gewerkschaftlichen Interessensphäre, als daß wir Veranlassung hätten, uns hier darüber zu äußern. Doch möchten wir dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Nürnberger Debatten in einer dem Ansehen der Partei angemesseneren Weise geführt werden mögen, als die bisherigen Auseinandersetzungen über diese Frage geführt wurden.

Die Tagesordnung des Parteitags ist sehr umfangreich. Neben den Berichten der leitenden Parteikörperschaften und der Reichstagsfraktion soll unter anderem über die Maisfeierfrage, die Sozialpolitik der Regierung unter dem neuesten Kurs, die Reichsfinanzreform beraten werden. Uns interessiert vor allen Dingen der Punkt Maisfeier, ferner die Frage der Jugendorganisation und die der Einigungsbestrebungen mit den Sozialisten, welche letztere Gegenstände bei dem Vorstandsbericht mit zur Verhandlung kommen werden, deshalb wollen wir hierüber kurz einiges sagen.

Bekanntlich ist die Maisfeierfrage in den letzten Jahren zwischen den leitenden Instanzen der Gewerkschaften und der Partei wiederholt der Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Diese Verhandlungen führten zu festen Vereinbarungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, wonach die Maisfeier allerorten gemeinsam von der Parteiorganisation und den Gewerkschaftsorganisationen vorzubereiten und durchzuführen ist und etwaige Maisfeiergemäße von Beginn der zweiten Woche an ebenfalls aus den Fonds der örtlichen Organisation von Partei und Gewerkschaft unterstützt werden sollten. Der Gewerkschaftskongreß hat nach eingehender Debatte mit allen gegen 22 Stimmen den Vereinbarungen zugestimmt. Allerdings wurde der Generalkommission der Wunsch mit auf den Weg gegeben, einen Versuch zu einer besseren Regelung der Unterstützungsfrage zu machen. Das war ein frommer Wunsch und wird es bleiben, schon deshalb, weil die Partei einer anderen als der in den Vereinbarungen vorgeschlagenen Regelung der Unterstützungsfrage nicht zustimmen kann.

Dieser Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses, der doch auch der Beschluß der Parteileitung ist, gab in der Parteipresse und in den Parteiversammlungen wieder einmal den Anlaß zu einer recht niedlichen Geze gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und die Gewerkschaftsbeamten im besonderen. Es ist vor allen Dingen die Bestimmung, daß die Unterstützung nicht von den Gewerkschaften allein, sondern von Partei und Gewerkschaft gemeinsam getragen werden soll, die den Born vieler Parteigenossen erregt. Da wurden die Gewerkschaftsführer wieder einmal weidlich als Rassen- und Zahlenmenschen verschrien. Dabei verhöhnen die Deutschen sich nur selbst, denn nur die Sorge um ihre eigenen Parteidassen ist es, die die wahre Ursache ihres Bornes bildet. Obwohl die Maisfeier ein Parteifest im wahrsten Sinne des Wortes ist, berät doch darüber jedes Jahr der Parteitag und ist sie doch eine der

hervorragendsten Leistungen der örtlichen Parteioorganisationen, möchte man doch die Konsequenzen der Feier auf die Gewerkschaften allein überwälzen, nur um die eigenen Fonds intakt halten zu können. Ist das nicht der Standpunkt des verächtlichen Rassenmenschen, der hier von gewissen Parteigenossen vertreten wird? — Weiter bekämpft man die Vereinbarungen, weil sie lediglich eine örtliche Regelung der Unterstützungsfrage vorsehen. Auch hier ist das Schelten auf die Gewerkschaften durchaus deplaziert, denn diese Vereinbarung liegt ebenso sehr im Interesse der Zentralkasse der Partei wie im Interesse der Zentralkassen der Gewerkschaften.

Für uns ist eine andere Regelung der Maisfeierfrage, als wie sie in den Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission vorgeschlagen wird, nicht akzeptabel. Deshalb haben wir den lebhaften Wunsch, der Parteitag möge diesen Vereinbarungen zustimmen. Auch schon deshalb, damit diese ganzen unangenehmen Auseinandersetzungen über die Maisfeierfrage endlich zum Abschluß kommen: denn in weiten Kreisen ist man dieser Auseinandersetzungen überdrüssig, das haben die letzten Verbandstage sowohl wie der Gewerkschaftskongreß gezeigt. Insbesondere sind es die Gewerkschaftler müde, immer wieder von übereifrigen und sachunkundigen Parteigenossen als Urheber des Rückgangs der Maisfeier behandelt zu werden. Eine Fortsetzung dieser Art Maisfeierdebatte wird nur der Maisfeier erheblich Abbruch tun.

Ebenso liegt es mit der Frage der Jugendorganisation. Auch hier ist zur Regelung der Frage eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffen worden, die der Gewerkschaftskongreß akzeptiert hat. Auch darüber wieder ein „Sturm der Entrüstung“ in Parteikreisen. Auch hier wieder unerhörte Angriffe auf die Gewerkschaftsführer. Wir haben darüber an anderer Stelle dieser Zeitung berichtet. Man hatte übrigens bei diesen Auseinandersetzungen immer das Gefühl, wie wenn man dabei das Angenehme mit dem Nützlichen verbindet, nämlich durch die rückwärtslose Exekution der Gewerkschaftsbeamten den, allerdings nicht genannten Parteivorstand, der doch an all den Missetaten der Gewerkschaftler mitschuldig war, gleichzeitig mit abstrafen wollte. Sicher wurde durch diese Art Debatte der Sache nicht gebient.

Über die Einigungsbestrebungen mit den Sozialisten, die seit nunmehr zwei Jahren angebahnt sind, kann diesmal Günstiges berichtet werden. Die Verhandlungen auf dem vorjährigen Parteitag haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Eine ganze Anzahl von Sozialisten sind den Zentralverbänden beigetreten. Denjenigen der Sozialisten, die keine Einigung wollen, ist nicht zu helfen, sie sollen ihrer Wege gehen, die Gewerkschaften reißen sich um diese Elemente nicht. Der Parteivorstand ist auch zu der Überzeugung gekommen, daß die noch bestehenden Lokalverbände nur Sonderbündelei treiben und den Interessen der Arbeiterschaft nicht dienlich sind. Der Parteivorstand unterbreitet nun dem Parteitag einen Antrag, wonach die Sozialisten als außerhalb der Partei stehend angesehen werden sollen. Sicher wird dieser Antrag die Zustimmung des Parteitags finden.

So viel über diejenigen Verhandlungsgegenstände des Parteitags, die uns näher berühren. Zum Schluß geben wir nochmals dem lebhaften Wunsch Ausdruck, daß der Parteitag gute Arbeit leistet, und daß er das Ansehen der Partei fördern möge.

Zur Frage der Jugendorganisation.

Der letzte Gewerkschaftskongreß hat sich bekanntlich auch des eingehenden mit der Frage der Organisation zur Erziehung der Jugend beschäftigt. Die Beratung führte zur nahezu einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Der Kongreß hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.“

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepasst sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernstem und auch betteren Inhaltes Unterhaltung und Geselligkeit

gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen die Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Überdehnung, zu einer Sportfexerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist auch an den anderen Veranstaltungen soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen beziehungsweise politischen Organisationen.“

Diese Resolution ist nicht allein das Produkt der Beratungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Lange vor dem Kongreß ist die Frage der Jugendorganisation in den leitenden Kreisen der Gewerkschaften erörtert worden. Bereits vor mehr als Jahresfrist trat die Generalkommission mit dem Parteivorstand in Verbindung, um mit diesem eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Jugendorganisation zu erzielen. Die Verhandlungen ergaben eine Übereinstimmung der Ansichten über die notwendigen Einrichtungen für den beabsichtigten Zweck. Eine Beratung im Gewerkschaftsausschuß führte zur Anerkennung der Richtigkeit der von Parteivorstand und Generalkommission vorgeschlagenen Wege; eine Besprechung der Frage in der Gewerkschaftsdelegation des internationalen Kongresses in Stuttgart diente dazu, die Beratung der Vorschläge, die damals nicht in bestimmten Sähen formuliert waren, in den Gewerkschaften weiterzuführen. Schließlich nahm die Konferenz der Vorstandsvertreter im Dezember 1907 die Resolution, die im gleichen Wortlaut dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt worden ist, an.* So viel über die Vorberatungen dieser Frage. Es kann wohl niemand leugnen, daß diese Sache von den Führern der Gewerkschaften und der Partei mit großem Ernst behandelt worden ist. Grundsätzlich läßt sich wohl kaum verfahren, als es hier geschehen ist. Die Übereinstimmung der Anschauungen über diese Frage in allen an der Vorberatung mitwirkenden Körperschaften gab zudem eine Gewähr dafür, daß der Beschluß, der hier vorberaten war, und der vom Gewerkschaftskongreß schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen worden ist, das Richtige traf. Gleichwohl hat gerade dieser Beschluß wieder Veranlassung zu einer Geze gegen die Gewerkschaften gegeben. Eine bestimmte Richtung in der Parteipresse, die bei all und jeder Gelegenheit gegen die Gewerkschaften heßt, nahm natürlich die Gelegenheit beim Schopfe, um auch hier wieder ihr recht eigentümliches Gewerbe auszuüben. Die Führer der Jugendbewegung und ihre Hintermänner waren natürlich nicht müßig. Sie kämpften in der Front der anarchosozialistischen Gewerkschaftskritiker und mit den Mitteln dieser Leute mit einem Eifer, der gewiß einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Hier enthüllte die jetzt bestehende Jugendbewegung zugleich ihre bedenklichste Seite. In welcher maßloser Weise die Gewerkschaftsführer gerade von dieser Seite heruntergerissen wurden, möge an folgendem Beispiel gezeigt werden: In der „Justice“, dem Organ der sozialdemokratischen Föderation in England, schrieb ein Genosse Astor, der in Deutschland sich in der Rolle des Gönners der sozialdemokratischen Jugendbewegung gefällt, über den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Sachen Jugendorganisation einen Artikel, der in Herabwürdigungen des Kongresses und der deutschen Gewerkschaftsführer alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Es war in diesem Artikel davon die Rede, daß der Kongreßbeschluß „in einigen Jahren als ein klassisches Beispiel bürokratischer Unwissenheit und Selbstzufriedenheit gelten“ werde. Kollege Robert Schmidt habe „Auffassungen verübt, die ihm ein Anrecht geben sollten auf einen Platz in einem Mumienmuseum in den Reihen der ältesten und respektabelsten englischen Gewerkschaftsbeamten“. Und so fort mit Grazie. Dieser Artikel wurde von Interessenten der Jugendorganisation ins Deutsche überetzt und in die deutsche Parteipresse hineinlanziert. Bezeichnenderweise machte sich der weitaus größte Zell der Parteiblätter zum Verbreiter dieses Gloriat. Die Parteipresse zeigte damit

* Carl Legien, Jugendorganisation oder Organisation zur Erziehung der Jugend? „Sozialistische Monatshefte“, Jahrgang 1908, Band 2, Seite 1168.

im Grunde genommen, wie wenig sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Sonst hätte sie nicht einer derartigen abgesetzten Herabwürdigung des Gewerkschaftskongresses und der deutschen Gewerkschafts- und Parteiführer Raum gewährt, und sie hätte sich ohne jeden Vorbehalt auf den Standpunkt des Hamburger Gewerkschaftskongresses gestellt, weil es ein anderes nach Lage der Sache für Gewerkschaft und Partei nicht geben kann.

Die Gewerkschaft kann ihre Aufgabe nur dann in dankenswerter Weise erfüllen, wenn es ihr gelingt, alle für die Organisation in Betracht kommenden Kräfte in sich zusammenzufassen. Alle organisatorischen Absonderungen sind für die Gewerkschaften vom Übel, erschweren ihre Arbeit, stellen ihren Erfolg in Frage. Deshalb die unzweideutige Stellungnahme der Gewerkschaften gegen anarcholokalistische, Hirsch-Dunckerse und christliche Vereinigungen, weil die Vorbedingung eines vollen gewerkschaftlichen Erfolgs eine einige Gewerkschaftsbewegung ist. Die Gewerkschaften bleiben sich nur konsequent, wenn sie eine Jugendorganisation, die sich unter anderem auch gewerkschaftliche Aufgaben stellt, entschieden ablehnen. Alles was Arbeiter ist und ein Bedürfnis zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen hat, ob es nun katholische oder jüdische, ob es Arbeiter mit sozialistischer oder ultramontaner Gesinnung, ob es junge oder alte Arbeiter, ob es Arbeiter oder Arbeiterinnen sind, gehört in die eine einige Gewerkschaft. Und die Gewerkschaft, hat sie ihre Aufgabe richtig erfasst, kann nie dulden, daß sich Sonderorganisationen neben ihr aufstun. Die Sache liegt so einfach, daß man sich nur wundern muß, wie trotz alledem einer besonderen Jugendorganisation das Wort geredet wird.

Die Gewerkschaft kann nie dulden, daß die jugendlichen Arbeiter von ihr abgefordert, in gewerkschaftlichen Jugendorganisationen zusammengeschlossen werden. Jede Aktion wird durch eine solche Sonderorganisation nur erschwert. Denn wir haben nicht die geringste Gewähr dafür, daß die Angehörigen solcher Organisationen eine sachgemäße gewerkschaftliche Erziehung erhalten, daß sie im Angesicht des gemeinsamen Feindes gemeinsame Sache mit uns machen. Wohl aber liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß durch solche Organisationen destruktive Tendenzen in unsere Bewegung hineingetragen werden. Ganz anders liegen die Dinge, wenn die jugendlichen Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation selbst mitwirken. Dort empfangen sie Geist vom Geiste der Gewerkschaften, und jede Möglichkeit ihrer Absonderung in Lohnkampf schwindet. Schon auf der Werkstatte steht diese gewerkschaftliche Erziehungsarbeit ein. Jeder organisierte Mitarbeiter macht den Jugendlichen nach und nach mit dem Wesen der Gewerkschaft bekannt. Die Gewerkschaft selbst, die dem jugendlichen Arbeiter zu mäßigen Bedingungen Aufnahme gewährt, vervollständigt diese Erziehungsarbeit. Allein auf diesem Wege kann der Jugendliche zu einem tüchtigen gewerkschaftlichen Kämpfer herangebildet werden. Einige Gewerkschaften tun auch ein übriges und errichten Lehrlingsabteilungen und geben für ihre jugendlichen Mitglieder besondere Zeitungen heraus. Wir möchten solche Einrichtungen zunächst nicht befürworten, da es unseres Erachtens streng vermieden werden sollte, die Jugendlichen von den übrigen Gewerkschaftsmitgliedern abzufordern. Gerade dadurch, daß den Jugendlichen mit dem Eintritt in die Gewerkschaft die Möglichkeit geboten wird, an unserer großen Sache, wie jedes andere Mitglied mitzuwirken, festigt sich bei ihnen erst jener Geist, der unsere Sache erfolglos macht.

Wird Organisierung der Jugendlichen in den Gewerkschaften und Gleichberechtigung der Jugendlichen innerhalb der Gewerkschaften ist unsere Forderung, von der uns alle Pressekreise einiger Jugendführer und ihrer Hintermänner nicht abbringen können. Die Gewerkschaften werden stets jede gewerkschaftliche Sonderorganisation der Jugendlichen entschieden bekämpfen, weil die Sache der Arbeiter eine einige Gewerkschaftsbewegung erfordert.

Auch die Partei kann nach unserer Meinung keine andere Haltung einnehmen, als eine den Jugendorganisationen mit politischen Zielen gegensätzliche. Für eine Kampfpartei ist es stets gefährlich, wenn ihre Anhänger sich in verschiedenen Organisationen zerplittern. Die Erfahrungen, die man mit den lokalistischen Organisationen gemacht hat, reden da eine nur zu überzeugende Sprache. Wollte die Partei dazu übergehen, jetzt, wo sie den anarcholokalistischen Spullos ist, sich eine neue politische Sonderorganisation in Form von Jugendorganisationen an die Herzen zu heften, so wäre das für sie doch wohl ein recht gefährliches Beginnen. Was wir bisher von den Jugendorganisationen erfahren haben, ermutigt nicht zu diesem Schritt. Dort wird ein Herostratenum herangezögelt, das wir sicher in unserer Bewegung nicht brauchen können. Und wenn man beobachten muß, wie in den Parteiversammlungen dieses „jugendliche“ Element den Ton angibt (und was für einen Ton), dann wird man nur in der Meinung bestärkt, es sei hoch an der Zeit, dem ganzen Unfug bald ein Ziel zu setzen. Nach unserer Meinung sind die Jugendorganisationen durchaus verfehlte Unternehmungen, sie schaden uns mehr, als sie uns nützen. Deshalb empfiehlt es sich, diese Organisationen aufzulösen und die Erziehungsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern so zu betreiben, wie es in der Resolution des Gewerkschaftskongresses vorgeschlagen wird.*

* Wie verfehlt die Erziehungsarbeit in den Jugendorganisationen betrieben wird, zeigt der ek-Artikelschreiber, ein Führer der Jugendbewegung, in Nr. 34, Seite 284 unserer Zeitung. ek. ist der Meinung, die Erziehung in den Jugendorganisationen sei eine solche, daß der Jugendliche später, wenn er in der Lage ist, in seine Gewerkschaft einzutreten, sich an der Leitung derselben beteiligen könne. Nach unserer Meinung läge es viel näher, tüchtige Gewerkschaftsmitglieder als tüchtige Gewerkschaftsleiter heranzubilden.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags.

(Schluß.)

b. Dr. Zimmermann führt in seinem Gutachten für den deutschen Juristentag aus: Die Gewerkschaftsvertreter behaupten gegenüber den genannten Vorschlägen im Reichstag eine kühle Reserve. Charakteristisch für die Beurteilung der Sachlage durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ist eine Äußerung von Adolf Braun:

„Daß hier eine offensibare Lücke der Gesetzgebung klafft, ist heute herrschende Meinung, aber wir haben nicht besonderen Eifer zu entwickeln, um die Schließung dieser Lücke anzuregen und zu erzwingen. Es gibt nicht bloß eine Klassenjustiz, noch unbefristeter ist die Tatsache der Klassengesetzgebung. Die Macht der Scharfmacher, das Streben, die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu hemmen, die Gesetzgebung ausschließlich im Interesse der Unternehmer entwickeln zu lassen, ist heute in Deutschland stärker als je vorher. Ein Gesetz über die Reichskraft der Tarife zu erhalten, wäre nicht schwer, vermutlich aber würden die Gewerkschaften dann den gegenwärtigen Zustand vorzuziehen haben.“

Braun bekundet, so führt Zimmermann weiter aus, in den weiteren Darlegungen eine lebhafteste Scheu gegen die Einmischung der Gerichte in die Tarifvertragschließung und erörtert die noch viel bedeutungsvollere Gefahr, daß man die Verbände mit ihrem Vermögen für die Vertragsverletzungen, die einem Verband selbst oder seinen Mitgliedern zur Last gelegt werden, haftbar machen will. „Kühl, nüchtern und mit allem Mißtrauen gewappnet stehen wir diesen gesetzgeberischen Versuchen gegenüber. Wir haben in den gegenwärtigen Zeitläufen nicht ernst auf eine gesetzliche Behandlung der Tarifmaterie zu drängen.“

In dem großen Tarifwerk des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands heißt es wiederum:

„Wahrscheinlich werden Reichsregierung und Reichstag demnächst an die gesetzliche Regelung des Tarifgemeinschaftswesens herantreten, ebenso wahrscheinlich ist es aber, daß dabei der Versuch gemacht wird, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter noch mehr einzunengen und die gewerkschaftliche Organisation in die Zwangsjacke polizeilicher Bevormundung zu stecken. Um den Preis ihrer koalitionsrechtlichen Freiheit, ihrer Selbständigkeit, ihrer Autonomie darf und wird aber die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation die gesetzliche Regelung des Tarifwesens wie die rechtliche Ausgestaltung des Arbeitsvertrags überhaupt niemals verkaufen wollen.“

Dieselbe Auffassung über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge klingt in der Presse der österreichischen Gewerkschaften an, die, abgesehen von dem neuen § 114 b der österreichischen Gewerbeordnung, sich derselben Rechtslage gegenüber befinden wie die deutschen Gewerkschaften. Im „Österreichischen Metallarbeiter“ (Nr. 50 vom 12. Dezember 1907) wird in Anlehnung an Adolf Braun ausführlich dargelegt: „Die Nachteile einer Regelung der Tarifverträge scheinen uns für absehbare Zeiten die Vorteile in außerordentlich hohem Maße zu überwiegen.“

Dr. Zimmermann nennt diesen Standpunkt den des unfruchtbarsten Pessimismus. Wir sind der Meinung, daß, wenn diesen Standpunkt teilt, durch die Entwicklung der Klassengegenstände in Deutschland, durch die systematische Arbeiterfeindschaft der Regierung und ihrer richterlichen und administrativen Organe, durch den Einfluß der Unternehmerorganisationen und Institutionen auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags zu dieser Auffassung erzogen wurde. Wir wissen wirklich nicht, wie man zu anderen Anschauungen kommen kann, wenn man die Haltung der herrschenden Klassen in Deutschland richtig einschätzt. Der Streitfall, den Dr. Zimmermann und eine Reihe Juristen aufweisen, liegt nicht auf dem Gebiet der Jurisprudenz oder der Nationalökonomie. Er ist überhaupt nicht mit wissenschaftlichen Argumenten zu erledigen und zu entscheiden, hier gibt allein den Ausschlag die Messung der Kräfte in der Politik. Ist dem aber so, dann haben die Arbeiter und ihre Organisationen sichtlich alle Veranlassung, sich für sachverständiger zu halten als die Herren Professoren und Privatdozenten, Richter und Rechtsanwälte, die zwar in der Regel unbewußt von dem Klassenstandpunkt der Herrschenden beeinflusst sind, aber über die Politiker die Nase zu rümpfen lieben und sich so hinstellen, als ob sie die objektiven Menschen seien, die sich von den Kämpfen des Tages ängstlich fernhalten, in ihrer überlegenen Objektivität von den Anschauungen der Partei unberührt bleiben und so als die Schiedsrichter der Nation, als die Einziger der sich naturgemäß bekämpfenden Klassen, als die freilich nicht erbetenen Schiedsrichter aufstun. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß wir alle diese Herren in einen Topf werfen wollen, daß wir nicht gerne zugestehen, daß mancher guter Wille bei ihnen vorhanden ist, und daß mancher von ihnen sehr gerne manches zu tun bereit ist, um für die Lage der Arbeiterklasse etwas durchzusetzen. Aber etwas ganz anderes als dieser gute Wille des einzelnen, der in gewissen Lagen sehr schätzenswert sein kann, ist die Zumutung an die Arbeiterklasse, Vertrauen nicht nur zu diesen einzelnen, übrigens sehr seltenen und nur ganz ausnahmsweise einflußreichen Personen zu gewinnen, und die Zumutung, daß man zu den herrschenden Klassen und zu ihren Organen Vertrauen gewinnen soll. Dieses Vertrauen wird aber von den Arbeitern verlangt, wenn man ihnen zumutet, mit den Vertretern der besitzenden Klasse einig zu sein in dem Streben nach einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge, vom Bundesrat und Reichstag ein die Arbeiter nicht schädigendes Gesetz zu erwarten und selbst, wenn dieses Wunder sich ereignen sollte, dann von den Gerichten nicht anzunehmen, daß sie ein derartiges Gesetz nicht zuungunsten der Arbeiter interpretieren werden.

Die Arbeiter haben gar keine Veranlassung, mit besonderem Eifer nach neuen Gesetzen zu rufen, wenn es andere Möglichkeiten gibt, ihre Interessen wirksam zu vertreten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiter heute schon durch ihre eigene Macht den Tarifverträgen Nachachtung zu verschaffen wußten.

Völlig verstummt sind die Einwendungen unserer Gegner, daß man mit den Arbeitern Tarifverträge nicht abschließen könne und solle, weil die Arbeiter sie ja doch nicht halten würden. Jede ruhige Überlegung wird es klarstellen, daß die Arbeiter tariftreu sind, ja es gehört wirklich nicht viel dazu, um den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter die Tariftreueren sind. Würden die Arbeiter den Tarifbruch in ihr Programm einbeziehen, dann würden sie nicht so ungeheuer genau bei der formellen Festlegung der Tarifbestimmungen sein, dann würden sie nicht diese Werke veröffentlichen, in denen sie den Inhalt der Tarifverträge mit attemmäßiger Genauigkeit zum Abdruck bringen. Jedermann weiß, und auch Dr. Zimmermann wird diese Meinung teilen, daß je kräftiger eine Gewerkschaftsorganisation ist, je besser sie ausgebildet ist, je mehr sie auf die Erhaltung einer guten Tradition und auf das Urteil der öffentlichen Meinung Rücksicht nimmt, desto mehr Wert darauf legen wird, tariftreu zu gelten. Je geschult die Arbeiter sind, desto mehr wünschen sie, daß die Tarife klar und einwandfrei verfaßt werden, daß über ihre Auslegung möglichst wenig Streit vorhanden ist und daß zur Schlichtung etwaiger Streitfälle Organe eingesetzt werden, deren Entscheidung unter allen Umständen respektiert wird. Wir haben die Tarife in Deutschland die Feuerprobe bestehen sehen in den Zeiten hoher Prosperität der deutschen Industrie wie in einer Epoche schwerer Krise. Wir wissen, daß die Arbeiter einen Ehrenpunkt darinsetzen, die Tarife einzuhalten, und daß sie die Macht besitzen, auch in schlechten Zeiten ihre Tarife den Unternehmern gegenüber zu verteidigen.

Es mag die Sache der zünftigen Juristen sein, Gesetze zu machen aus Freude an der Gesetzgebung. Die Arbeiter haben aber an dieser Tätigkeit bisher recht wenig Freude gehabt. Sie haben desto mehr Genugtuung, wenn sie durch die eigenen Machtmittel das erhalten, was sie im Kampfe oder friedlicher Verhandlung erungen haben. Wir stehen mit dem lebhaftesten Mißtrauen einer Gesetzgebung gegenüber, die die Machtbefugnisse der Staatsgewalt über weitere Angelegenheiten der Arbeiterorganisation auszubehnen bemüht ist. Solange wir unsere Angelegenheiten selbst ordnen können, solange wir unsere Interessen selbst beschützen können, unsere Erfolge selbst zu verteidigen vermögen, haben wir keinen Anlaß, die Staatsgewalt zu unserem Schutze aufzurufen. Gesetze sollen sich ergeben aus der Notwendigkeit, aus dem Bedürfnis der betroffenen Kreise, und auch dann nur in einem Zeitpunkt, wenn völlig gereift ist, was gesetzlich geregelt werden muß. All das fehlt hier. Lediglich zur Befriedigung des Scharfsinnsportes von Juristen usw. wollen wir das Gebiet des Tarifvertrags nicht unseren Gegnern überantworten.

Es bilden sich in unserer Zeit des Übergangs neue Gestaltungen, soziale Formen, die sich ihre Macht und ihre Stellung erobern auch ohne den Segen der Staatsgewalt. Einer der im Bürgertum angesehensten Staatsrechtslehrer, der Heidelberger Professor Jellinek, bemerkt im Hinblick auf die Tarifverträge: „Es gibt daher heute schon eine Schaffung von Normen, die — nicht juristisch, wohl aber sozial — in gleicher oder doch ähnlicher Weise wirken wie Gesetze, und die nicht auf dem Wege der normalen Gesetzgebung entstehen.“

Mit diesem Satze können wir schließen. Durch die Macht der Gewerkschaftsorganisationen sind Tarifverträge entstanden, haben sie, werden sie eingehalten, bilden sie eine Sicherung einer eigenartigen, sich nun kräftig vorbereitenden Neuordnung des Arbeitsverhältnisses. Die Staatsgewalt und ihre Gesetzgebung ist bei dieser Normengebung zu entbehren. Wir verzichten nach reiflicher Überlegung und nach Erwägung aller Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft auf die gesetzliche Sicherung der Tarifverträge. Wollen die bürgerlichen Freunde des Tarifvertragswesens die kollektiven Arbeitsverträge gesichert wissen gegen jeden Angriff, gegen jede Untergrabung, dann sollen sie dafür sorgen, daß die Gewerkschaftsorganisationen sich frei und ungehindert entwickeln können, daß Licht und Schatten für Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen in gleicher Weise verteilt wird, daß die Arbeiter keinen Anlaß haben zu Mißtrauen in die Tätigkeit der Gerichte und Verwaltungsorgane. Hierin liegen viel bedeutungsvollere Sicherungen des Tarifvertragsrechtes als in irgend einer Nummer des „Reichsgesetzblattes“ und in den unheimlichen Kommentaren, die zu den Gesetzen durch die Urteile unserer Gerichtshöfe geschrieben werden.

So kommen wir zu dem Schlusse, daß wir auf die gesetzliche Regelung der Tarifverträge nicht auf unfruchtbarem Pessimismus verzichten, daß wir im Gegenteil einen gefäßlichen Optimismus denjenigen vorzuziehen haben, die heute, ohne im Interesse der Unternehmer handeln zu wollen, mit unheimlichem Eifer eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge anbahnen wollen.

Aus der Holzindustrie in Preußen.

Den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten werden alljährlich gewisse Gebiete vorgeschrieben, die sie in ihren Berichten eingehender zu behandeln haben. Im letzten Jahre bezogen sich diese Anweisungen auf gewisse Verhältnisse in

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Böhlen in Thüringen, Garmisch-Partenkirchen, Glogau, Grünstadt, Hof t. B., Jena (Grove), Krefeld (Schulte), Liegnitz, Lorch (Meh), Mindelheim, Lann an der Rhön, Waiblingen (Mörlinger), Poppot (Schulz), Bern in der Schweiz;
- Drechsler** nach Güttrin (Zahn), Liegnitz (Wesser);
- Modellschreibern** nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);
- Korbmachern** nach dem Altenlande, Berlin und Vororten, Brandenburg (Schmidt), Cuxhafen (Sühnen), Walsdorf;
- Vergoldern** nach Magdeburg (Grühl), Budapest;
- Kammachern** nach Ober-Ramstadt (Odenwälder Kammfabrik).

der Holzindustrie, und so finden wir, daß sich alle Berichte des näheren über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei gefährlichen Verrichtungen in der Holzindustrie und über die Unfälle bei dem Transport und der Verarbeitung von Holz aussprechen. Auf diese Weise erhalten wir über diese Gegenstände eine Fülle von Material, welches jedoch einer eingehenden Behandlung gewisse Schwierigkeiten bereitet. Die Ansichten der Beamten, die in den vielen Einzelberichten wiedergegeben werden, unterscheiden sich im Grunde genommen nur wenig voneinander, und da die speziellen Daten zum Beispiel über Zahl und Art der Unfälle an den einzelnen Maschinen und bei sonstigen Verrichtungen nur vereinzelt in tabellarische Form gebracht sind, läßt sich ein zusammenfassendes Bild nur schwer gewinnen.

In den meisten Fällen konnte berichtet werden, daß jugendliche Arbeiter an den motorisch betriebenen Holzbearbeitungsmaschinen nur in geringer Zahl beschäftigt werden und daß sie nur selten selbständige Arbeiten an den Maschinen verrichten. Es gibt aber auch Ausnahmen von dieser Regel. So wird aus dem Regierungsbezirk Bromberg berichtet, daß dort mehr Jugendliche an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt werden, als man im allgemeinen anzunehmen pflegt. Das trifft besonders in Zeiten der Hochkonjunktur und bei Arbeitermangel zu. Außer verschiedenen jungen Leuten von 15 bis 16 Jahren wurden in diesem Bezirk sogar auch in einem Betrieb ein jugendliches Mädchen und zwei ältere von etwa 17 Jahren bei der selbständigen Bedienung der Kreissäge angetroffen. Kein Wunder, daß hier eine erhebliche Zahl zum Teil schwerer Unfälle vorgekommen sind. Ein Junge von 15 Jahren fand sogar den Tod am Gaiterwerk.

Im Bezirk Opeeln werden gänzlich unerfahrene Arbeitsburschen in den Säbelfabriken in ausgedehntem Maße an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. Der Erfolg sind zahlreiche Unfälle, so daß sich die Gefährdung der Jugendlichen an diesen Maschinen mehr als doppelt so groß erwies als die der Erwachsenen. Wie skrupellos in dieser Beziehung manche Unternehmer verfahren, erhellt aus der Tatsache, daß im Bezirk Alfenstein neben anderen jugendlichen Arbeitern sogar ein geistig minderwertiger an der Maschine angetroffen wurde. Die Arbeitszeit betrug hier elf Stunden, und der Unternehmer hatte die einfachsten Schutzvorrichtungen außer acht gelassen.

Erfreulicherweise läßt sich aus den Berichten feststellen, daß die Unternehmer von der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter immer mehr abkommen. Dazu dürfte die Erkenntnis beitragen, daß diese Beschäftigung, trotz der geringen Löhne, die den Jugendlichen bezahlt werden, wenig profitabel ist, da die meist recht kostspieligen Maschinen von den unerfahrenen Leuten nicht genügend ausgenutzt werden können. Der Auffassung des Beamten für den Regierungsbezirk Gln, der eine vollständige Fernhaltung der jugendlichen Arbeiter von den Maschinen mit Rücksicht auf die Geringsfügigkeit der meisten Verletzungen nicht für erforderlich erachtet, steht die Ansicht vieler anderer Beamten strikte entgegen. Im Bezirk Magdeburg hat es der Gewerbeinspektor durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern erreicht, daß die Lehrlinge in den Modellschreinerereien, die auch in der Bedienung der Maschinen ausgebildet werden, erst vom dritten Lehrjahr ab an Maschinen beschäftigt werden. Andere Gewerbeinspektoren gehen in ihren Anforderungen noch weiter. Der Beamte für den Regierungsbezirk Erfurt erklärt, daß die Ausbildung an den Spezialmaschinen keinen Teil der Lehre bildet. Wenn die jungen Leute als Junggefelln, also meist über 18 Jahre alt, an die Maschinen kommen, dann sind sie mit deren Gefahren schon bekannt geworden. Da in den Fabriken überall Maschinenarbeiter vorhanden sind, führen die Beamten neuerdings überall, wo sich die Notwendigkeit hierzu ergibt, eine polizeiliche Verfügung herbei, welche die Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen verbietet. Eine derartige Verfügung wurde im Besonderen angefochten, aber ohne Erfolg. Auch im Bezirk Cassel wurde die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Kreissägen durch polizeiliche Verfügungen auf Grund des § 120 d der Gewerbeordnung erfolgreich bekämpft. Im Bezirk Liegnitz wurde die Beschäftigung von jungen Leuten unter 18 Jahren auf Grund des gleichen Paragraphen verboten, allerdings nur in solchen Betrieben, wo Unfälle

jugendlicher Arbeiter vorgekommen waren. Der Beamte für den Bezirk Gildesheim wünscht ein generelles Verbot der Bedienung der gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen durch jugendliche Arbeiter. Ähnliche Wünsche werden auch von anderen Beamten geäußert, doch scheint noch eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf die Altersgrenze vorhanden zu sein. Der Mindener Beamte möchte diese auf 16 Jahre festgesetzt wissen, und auch der Bromberger Beamte begnügt sich mit dieser Grenze. Er fürchtet, daß bei der Festsetzung des Schulalters auf 18 Jahre die Lehrlingsausbildung erheblich leiden würde.

Als Gefahr für die jugendlichen Arbeiter in den Fabriken für Holzbearbeitung wird verschiedentlich auch der Holzstaub bezeichnet. Der Beamte für Berlin lenkt die Aufmerksamkeit insbesondere auf den Mahagonistaub, der bei den hierzu veranlagten Personen ähnliche Erscheinungen wie das sogenannte Heufieber, Schnupfen und Kopfschmerzen hervorruft. Der gleiche Beamte berichtet, daß er die Beschäftigung jugendlicher mit der Heranschaffung des Materials und mit der Wegbringung der Arbeitserzeugnisse überall dort beseitigt hat, wo eine wirksame mechanische Absaugung des Staubes noch nicht stattfand. Auf die Anlage von Staubabsaugungsvorrichtungen wird von den Gewerbeinspektoren im allgemeinen eifrig und mit wachsendem Erfolg gedrungen. In kleineren Betrieben, wo die Besitzer persönlich mitarbeiten, so wird aus dem Bezirk Gln berichtet, schreiten diese sogar zuweilen freiwillig zur Anlage einer Absaugvorrichtung, und aus dem Bezirk Gildesheim wird berichtet, daß, wo die Besitzer älterer Anlagen nur mit Widerstreben an die Einrichtung von Absaugvorrichtungen gingen, diese später doch deren Beifall finden.

Aus den eingangs erwähnten Gründen ist den Unfällen in der Holzindustrie eine große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Bekanntlich ist die Unfallgefahr in der Holzindustrie ganz besonders groß, und im allgemeinen übersteigt die Zahl der Unfälle in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe den Gesamtdurchschnitt nicht unbeträchtlich. Auffällig ist es daher, daß in einzelnen Bezirken das Gegenteil konstatiert wird. So heißt es in dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Merseburg, daß die Unfallgefahr bei der Bedienung der Holzbearbeitungsmaschinen nicht so groß ist, wie man es bei der Gefährlichkeit dieser Maschinen voraussetzen sollte. Es kommt hier nämlich erst auf 48,4 in den Betrieben beschäftigte Arbeiter ein Unfall, während im Aufsichtsbezirk im allgemeinen schon auf 18,8 Arbeiter ein Unfall kommt. Im Bezirk Gildesheim ist die Zahl der Unfälle bei der Bearbeitung des Holzes seit dem Jahre 1908 um 9,6 Prozent gestiegen, während die Zahl der Arbeiter in der gleichen Zeit um 24 Prozent zugenommen hat. Auch im Bezirk Wiesbaden war die Zahl der Unfälle bei dem Transport und bei der Bearbeitung von Holz nach Ausweis der Unfallanzeigen geringer als im Durchschnitt sämtlicher Gewerbe. Im Bezirk Münster wird dagegen eine außerordentlich starke Unfallgefahr der Holzarbeiter konstatiert; während im allgemeinen auf 100 gewerbliche Arbeiter im Aufsichtsbezirk 2,27 Unfälle kamen, kommen auf 100 Arbeiter in der Holzindustrie 5,77 Unfälle. Ähnlich ist das Verhältnis im Bezirk Frankfurt a. D. Hier gehören 10,2 Prozent sämtlicher Arbeiter zur Holzindustrie, aber von sämtlichen vorgekommenen Unfällen fallen 13,5 Prozent auf diese Industriegruppe; und wenn man nur die Unfälle in Betracht zieht, die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten, dann kommen sogar 20 Prozent auf die Holzindustrie.

Die Unfälle beim Transport von Holz sind besonders zahlreich im Bezirk Bromberg. Es handelt sich hier um die großen Sägewerke, in welchen die in Flößen aus Rußland kommenden Eichen aus dem Wasser geholt und geschnitten werden, um dann mittels Schiffe weiterbefördert zu werden. Daß diese Arbeiten mit großer Unfallgefahr verbunden sind, ist leicht zu begreifen. Im Bezirk Gumbinnen handelt es sich um ähnliche Arbeiten. Dort entfallen von 15 gemeldeten tödlichen Unglücksfällen 5 auf den Holztransport, und 1 tödlicher Unglücksfall ereignete sich an einer Holzbearbeitungsmaschine. Merkwürdigerweise findet der Gewerbeinspektor diese Unfallziffer verhältnismäßig nicht hoch, da unter Einrechnung der Zellulosefabriken und der Bau- und Zimmerplätze 8000 Holzarbeiter in Betracht kommen. Wir gestatten uns, hierin anderer Meinung zu sein.

Dritter Verbandstag des Ungarländischen Holzarbeiterverbandes.

In Budapest fand am 20. und 21. August der dritte Verbandstag des Ungarländischen Holzarbeiterverbandes statt. Der Verband besteht erst ein halbes Jahrzehnt, wie auch die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn allgemein erst neueren Datums ist. Ungarn ist noch vorwiegend Agrarstaat und Industrie nur erst sehr wenig vorhanden; Holzarbeiter, einschließlich der zahlreichen Arbeiter in den Sägereien, werden insgesamt circa 26 000 beschäftigt. Durch das Gesetz ist es den Vereinen überhaupt verboten, sich mit Streiks zu beschäftigen oder sie zu unterstützen. Dabei gehen die Behörden oft sehr rigoros vor; aus den einander widersprechendsten Gründen erfolgt in den einzelnen Orten die Auflösung der Organisation oder die vorläufige Suspendierung ihrer Tätigkeit. In den letzten beiden Jahren wurden 29 Ortsgruppen aufgelöst und bei 4 Gruppen die Tätigkeit provisorisch suspendiert. Der Verband selbst sah sich veranlaßt, verschiedene Gruppen aufzuheben, um ihrer sicheren Auflösung durch die Behörden vorzubeugen und ihr Vermögen zu retten. Neben alledem hatten die Kollegen in den letzten Jahren auch noch unter einer wirtschaftlichen Krise zu leiden. In Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten für den Verband muß seine Entlohnung als befriedigend bezeichnet

werden. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl seit dem vorigen Verbandstag 1906 um über 1100 gestiegen ist und jetzt 14 072 beträgt. Davon entfallen auf Budapest 6102 und auf die Provinz 7970 Mitglieder; ein Teil der letzteren zählt jedoch seine Beiträge ebenfalls nach Budapest, um den behördlichen Scherereien möglichst zu entgehen.

Zum Verbandstag waren aus Budapest 49 Delegierte mit 117 Stimmen erschienen und aus der Provinz 84 Delegierte mit gleichfalls 117 Stimmen; der Deutsche Holzarbeiterverband war vertreten durch den Kollegen Schneesgass-Stuttgart, der Österreichische durch den Kollegen Motwica-Wien. Nach dem Statut ist schon bei 50 Mitgliedern die Entsendung eines Delegierten zulässig, doch können auch zur Ersparrung von Kosten bis zu drei Mandaten einem Delegierten übertragen werden.

Die Verhandlungen wurden durchweg lebhaft geführt, teilweise setzte sich der Kampf um eine Sache noch nach der Abstimmung darüber fort, indem die Richtigkeit des Abstimmungsergebnisses angezweifelt wurde. Durch nochmalige Auszählung der Stimmen, zu der der Wortführer der Opposition mitberufen wurde, wurde die Richtigkeit festgestellt und damit auch die erregten Geister wieder beruhigt. Besonders umstritten wurde die Frage der Beitragserhöhung. In der Berichtsperiode — den letzten beiden Jahren — hat die Arbeitslosenunterstützung eine Ausgabe von 167 890 Kronen und die Reiseunterstützung eine solche von 26 029 Kr. verursacht, bei einem Beitrag von 30 Heller pro Woche, respektive einer Einnahme daraus von 279 555 Kr. Weiter hat der Verband in dieser Zeit noch geleistet für Rechtsschutz 6272 Kr., an außerordentlicher Unterstützung 1192 Kr., für die Fachblätter 50 482 Kr., für Druckfachen 7540 Kr., für Bibliotheken 4171 Kr. und anderes mehr. Die Ausgaben standen mithin nicht im Einklang mit den Einnahmen, so daß der Vorstand sich veranlaßt sah, eine Erhöhung des Beitrags um 10 Heller pro Woche zu beantragen, und zwar mit Wirkung vom 1. Mai 1909 ab. Die ersten Redner waren durchweg Gegner, schließlich ließ man sich aber doch überzeugen, daß der Verband unbedingt der finanziellen Stärkung bedürfte, wenn — was niemand wollte — die Arbeitslosenunterstützung nicht gekürzt werden sollte, und als dann auch noch der Termin für das Inkrafttreten des höheren Beitrags auf 1. August 1909 hinausgerückt worden war, fand der Antrag auf Erhöhung des Beitrags mit überwältigender Majorität Annahme.

Weiter wird beschlossen, die seitherige Bestimmung aufzuheben, wonach bei der Abreise eines Mitglieds 8 bis 10 Kronen Unterstützung gezahlt wurden, weil damit viel Mißbrauch getrieben worden ist; oftmals waren die Kollegen, die diese Unterstützung erhoben hatten, in den nächsten Tagen schon wieder am Orte anwesend, vielleicht überhaupt nicht erst abgereist, um dann aber noch die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Ferner hat die Arbeitslosenunterstützung eine bessere Regelung erfahren. Bisher wurde dieselbe schon nach 40 wöchiger Mitgliedschaft und dann innerhalb eines Kalenderjahres für zweimal 4 Wochen gewährt, dazwischen mußten 6 Wochen Karenz liegen. Es konnte danach jemand, der erst im Dezember bis zum Höchstbetrag bekommen hatte, im nächsten Januar schon wieder Unterstützung erhalten. Zukünftig wird sie erst nach 52 wöchiger Mitgliedschaft gezahlt und auch nur innerhalb eines vollen Jahres bis zum Höchstbetrag mit einer Karenz von 8 Wochen dazwischen. Die Höhe richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft; bis drei Jahre beträgt sie 8 Kr. die Woche und steigt bis 12 Kr. nach siebenjähriger Mitgliedschaft. Das „Fachblatt“ soll anstatt bisher monatlich zweimal fortab vierzehntägig erscheinen. Seine Auflage beträgt 15 000, davon 14 000 in ungarischer Sprache und 1000 in deutscher.

Dem Verbandstag folgte die Abhaltung eines öffentlichen Kongresses, der hauptsächlich der Erledigung der Arbeiterdienste, die nach dem Gesetz im Verband nicht erledigt werden können. In den einzelnen Orten besteht zu dem Zwecke eine sogenannte freie Organisation mit circa 10 000 Mitgliedern, die pro Woche 30 Heller Beitrag zum Widerstandsfonds leisten.

Der Kongress spricht in einer Resolution den ausgesprochenen Tischlern in Budapest seine volle Sympathie aus und beschließt zu ihrer Unterstützung die Erhebung eines Extrabeitrags. Die Ausführung dieses Beschlusses und die Festsetzung der Höhe des Extrabeitrags — wahrscheinlich werden pro Woche und Mitglied 20 Heller erhoben werden — wird der elfgliedrigen Kommission überlassen, die überhaupt die Geschäfte der freien Organisation zu führen hat. Streiks bedürfen der Genehmigung dieser Kommission, um Unterstützung zu finden.

Die Verhandlungen waren vom besten Geiste getragen, aus allen Reden sprach; auch wenn die Meinungen über taktische Fragen einmal auseinandergingen, doch immer wieder heraus, den Kampf sowohl um die gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen, wie auch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen mit aller Energie weiterzuführen, besonders auch alles aufzubieten, um den großen Kampf der Tischler in Budapest zum siegreichen Ende zu führen. Der Solidarität der deutschen Kollegen dürfen sie dabei sicher sein; diese werden es als Ehrenpflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß die Werbungen der Unternehmer nach Streikbrechern in Deutschland erfolglos bleiben.

W. Ss.

Soziales.

Die soziale Gliederung der Einwohner Bayerns.

Die Hauptergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1907, die kürzlich vom bayerischen Statistischen Bureau veröffentlicht wurden, zeigen dieselben Erscheinungen, wie sie sich aus den Berichten aus Württemberg und Elsaß-Lothringen ergeben haben. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft hat absolut nur eine ganz geringe Zunahme erfahren, während der Anteil dieser Berufsgruppe an der Gesamtbevölkerung stark zurückgegangen ist. Zwar ist in Bayern die Land- und Forstwirtschaft noch die verhältnismäßig stärkste Berufsgruppe, aber während sie im Jahre 1882 noch mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung

umfaßt, ist sie seither relativ stark zurückgegangen. Gleichzeitig haben jedoch die Gruppen „Gewerbe und Industrie“ und „Handel und Verkehr“ eine starke Steigerung aufzuweisen. Über die seit der letzten Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895 erfolgte Zunahme in den einzelnen Berufsgruppen orientiert die folgende Zusammenstellung:

	Menschl.	Prozent
Land- und Forstwirtschaft	11462	0,4
Darunter Landwirtschaft	1397	0,05
Gewerbe und Industrie	404903	22,8
Handel und Verkehr	200672	35,5
Dienste wechselnder Art	14874	32,8
Staats- usw. Dienst, freie Berufe	48585	16,5
Berufslose Selbständige	188396	31,9
Summe	818892	14,2

Die Verschiebungen, die seit dem Jahre 1882 im Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen zueinander eingetreten sind, treten klar zutage, wenn man, wie es nachstehend geschieht, die einzelnen Gruppen in Prozenten der Gesamtbewölkerung zusammenstellt. Es entfielen auf:

	1882	1897	1907
Land- und Forstwirtschaft	40,3	45,8	50,9
Darunter Landwirtschaft	39,2	44,7	50,1
Gewerbe und Industrie	33,3	31,0	28,3
Handel und Verkehr	11,6	9,8	8,3
Dienste wechselnder Art	0,9	0,8	0,7
Staats- usw. Dienst, freie Berufe	5,2	5,1	4,7
Berufslose Selbständige	8,7	7,5	7,1
100	100	100	

Neben dem prozentualen Rückgang der Landwirtschaft bei gleichzeitig starker Zunahme der industriellen Bevölkerung ist die Verminderung der Zahl der Selbständigen auch in Bayern das hervorstechende Moment in den Ergebnissen der letzten Zählung. Während unter den Gewerbstätigen die Zahl der Selbständigen seit 1895 um 5779 zurückgegangen ist, ist die Zahl der Angestellten um 48736 und die der Arbeiter um 608351 gestiegen. Zieht man nur die drei Hauptgruppen, Landwirtschaft, Industrie und Handel, in Betracht und vergleicht das Verhältnis in der Zahl der Selbständigen zu der der Angestellten und Arbeiter in den Jahren 1895 und 1907, dann ergibt sich eine interessante Verschiebung. Von je 100 Erwerbstätigen waren:

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft	25,6	32,0	0,8
Industrie	21,7	29,5	5,2
Handel	28,5	35,9	11,8
Zusammen	24,7	31,5	3,2
	100	100	100

Die Betriebsmittel konzentrieren sich in steigendem Maße in den Händen weniger Kapitalisten. Für die Arbeiter verschwindet die Möglichkeit, in die Klasse der Besitzenden aufzusteigen, mehr und mehr, um so notwendiger haben sie eine starke Organisation, die es ihnen ermöglicht, den Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die darauf ausgehen, ihre Lebenshaltung herabzudrücken.

Gewerbeinspektion und Amtsgeheimnis. In einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Frankfurt a. M. behauptete der beklagte Unternehmer, einen Lehrling nur deshalb entlassen zu haben, weil er dem Gewerbeinspektor unberechtigte Beschwerden über seinen Betrieb gemacht habe. Das Gewerbegericht forderte die Akten vom Gewerbeinspektor. Letzterer lehnte aber die Auslieferung der Akten ab. Der Meister will aber beschwören, daß ein Beamter der Gewerbeinspektion ihm bestimmte Mitteilungen machte.

Der Bericht der Gewerbeinspektion für den Regierungsbezirk Wiesbaden, zu welchem auch Frankfurt a. M. gehört, konstatiert ein wachsendes Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichtsbeamten, zu welchem das Verhalten des Frankfurter Gewerkschaftsleiters viel beigetragen hat. Wenn es sich bewahrheitet, daß aus der Gewerbeinspektion den Unternehmern Mitteilungen über die Person von Beschwerdeführern gemacht werden, dann wird das Vertrauen der Arbeiter zu den Beamten viel schneller schwinden, als es erworben wurde.

Eine verschlehte Steuer. Mit der Fahrkartensteuer, die ein wichtiger Bestandteil des Stengelischen Steuerbüfells war, hat die Regierung schlimme Erfahrungen gemacht. Im Voranschlag für das Etatsjahr 1907/08 war sie mit 30 Millionen Mark eingestellt; tatsächlich hat sie aber nur rund 17 Millionen eingebracht. Im neuen Etat für 1908/09 ist die Einnahme aus dieser Steuer nur mit 24 Millionen in Rechnung gestellt, aber auch diese Schätzung ist noch viel zu hoch; vermutlich wird der Ertrag im laufenden Etatsjahr noch erheblich hinter dem vorjährigen Ertrag zurückbleiben. Während die Einnahme in dem Quartal vom 1. April bis Ende Juni 1907 noch 4800000 Mk. betragen hat, wurde in dem gleichen Quartal 1908 nur 4000000 Mk. eingenommen, und wenn die Einnahmen in den übrigen Quartalsabschnitten zu denen des verfloffenen Etatsjahrs in gleichem Verhältnis stehen, so würde sich das Gesamtergebnis im Etatsjahr 1908/09 auf 14 bis 15 Millionen Mark stellen und so um nahezu 10 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückbleiben.

Aber nicht nur, daß die erwarteten Einnahmen für die Reichsstaatskasse ausbleiben, der geringe Ertrag, den die Fahrkartensteuer abwirft, geht auf Kosten der Eisenbahneinnahmen der Einzelstaaten. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat bisher stets mit einem von Jahr zu Jahr steigenden Reinerüberschuss gerechnet, im laufenden Jahre macht man sich dagegen auf einen erheblichen Ausfall gefaßt. Während der Reinerüberschuss 1905 552246000 Mk., 1906 581658000 Mk., 1907 626308000 Mk. betragen hat, rechnet man für 1908 mit höchstens 616000000 Mk., also mit einem Ausfall von über 10 Millionen Mark gegen das Vorjahr. — Das Resultat der genialen Fahrkartensteuer ist also lediglich eine Verschärfung des Verkehrs. Das wird jedoch unseren Blochreichstag nicht hindern, im nächsten Herbst Steuern von königlicher Gemaltheit zu beschließen.

Arbeitslosigkeit in Cöln. Am 2. August wurde in Cöln unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine amtliche Arbeitslosenzählung vorgenommen, wie das auch schon in früheren Jahren der Fall war. Während aber bei den Zählungen im Sommer der drei letztverfloffenen Jahre nur 702, beziehungsweise 713 und 788 Arbeitslose gezählt wurden, sind diesmal 1940 Zählbogen von Arbeitslosen ausgefüllt worden. Am stärksten sind die Angehörigen des Baugewerbes von der Arbeitslosigkeit getroffen. Bei der vorläufigen Sichtung des Zählmaterials wurden 594 dem Baugewerbe angehörende Arbeiter als arbeitslos ermittelt, eine Zahl, die sich bei der weiteren Bearbeitung der Zählbogen noch erhöhen wird. Das Statistische Amt bringt unter anderem 384 Personen, die Zählbogen ausgefüllt haben, als „ortsfremd und polizeilich nicht gemeldet“ in Abzug; als ob die nicht genau so auf dem Arbeitsmarkt lasteten wie die ansässigen, ja ihn nicht noch ungünstiger beeinflussen als diese, weil sie vielfach als Lohnbrücker wirken. Trotz dieser an sich unberechtigten Abstrichung bleibt die Zahl der Arbeitslosen immer noch mehr als doppelt so hoch, als im Jahre vorher.

Unter der Arbeitslosigkeit leiden aber nicht nur die gewerblichen Arbeiter, auch unter den kaufmännischen Angestellten mehrt sich die Zahl der Beschäftigungslosen in erschreckendem Maße. In dem Jahresbericht des städtischen Stellennachweises wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der älteren, verheirateten Kaufleute, die ohne ihr Verschulden stellenlos wurden, verhältnismäßig sehr hoch war. Die Unternehmer benötigen eben die Krise, um sich der besser bezahlten Gehilfen zu entledigen, an deren Stelle sie, wenn überhaupt, dann gering entlohnte Arbeitskräfte setzen. Das geht auch aus dem erwähnten Bericht hervor, in welchem es heißt, daß „viel Befehlsanträge vorlagen, bei denen das Gehalt zu den gestellten Ansprüchen in einem ungünstigen Verhältnis stand“.

Diese Berichte, und bekanntlich sind die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in anderen Städten nicht günstiger, eröffnen schlimme Aussichten für den Winter. Pflicht der Staats- und Gemeindebehörden wäre es, heizenden Vorbeuge zu treffen, um der Not zu steuern. Leider aber läßt das soziale Bewußtsein bei vielen Amtsstellen noch viel zu wünschen übrig.

Eine Friedensdemonstration. Die englische Arbeiterpartei hat den Beschluß gefaßt, eine Anzahl Delegierter nach Deutschland zu senden, um der deutschen Arbeiterpartei einen Besuch abzustatten und mit ihr gegen die Kriegstreiber in England und Deutschland zu protestieren. Am Sonntag den 20. September wird in Berlin eine große, vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission und vom Aktionsausschuß der Partei gemeinsam einberufene Volksversammlung stattfinden, in der eine aus 20 Personen bestehende Deputation englischer Arbeiterführer eine Adresse der Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter Deutschlands überreichen wird. In dieser Adresse wird Stellung genommen gegen die Kriegshetze. Das Manifest ist unterzeichnet von 50 Parlamentariermitgliedern und 2000 Leitern von Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen und anderen Organisationen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Vorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellentaxistener eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendigter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Zurückmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Höhe zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 38. Wochenbeitrag für die Woche vom 13. bis 19. September fällig geworden.

Die Verlegung des Verbandsbureaus von Stuttgart nach Berlin gemäß dem Beschlusse des letzten Verbandstags wird in der Zeit vom 17. bis 22. September erfolgen und muß deshalb während dieser Zeit das Bureau geschlossen bleiben. An die Lokalverwaltungen und Mitglieder richten wir darum hiermit das Ersuchen, bei ihrem Verkehr mit uns dies zu beachten. Bei etwaigem Bedarf an Material, Beitragsmarken usw. bitten wir um baldige Bestellung, damit deren Erledigung noch vor unserem Umzug erfolgen kann und durch diesen nicht eine Verzögerung zu erleiden braucht. Sendungen können uns in Stuttgart nur noch erreichen, wenn sie bis 17. September hier eingeht. Unsere Berliner Adresse werden wir in nächster Nummer bekannt geben.

Täglich gehen Gesuche ein, Mitgliedern, die über die statutenmäßig zulässige Zeit mit der Beitragszahlung in Rückstand gekommen sind, das Nachzahlen zu gestatten und die Kollegen wieder in ihre früheren Rechte einzusetzen. Der Erfüllung dieser Wünsche stehen statutarische Bestimmungen entgegen, sie müssen sämtlich abgelehnt werden. Aber nicht nur diese formalen Gründe sind für die Ablehnung maßgebend. Mit dem Ausbau der Unterstützungsanstalten im Verband haben die Ansprüche unserer Mitglieder eine bedeutende Erweiterung erfahren; mit Recht verlangen die Mitglieder die pünktliche Erfüllung der ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Das bedingt aber, daß auch die Mitglieder dem Verband gegenüber die gleiche Pünktlichkeit obwalten lassen. Verschämen die Kollegen, sich durch pünktliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen die Mitgliedschaft im Verband zu sichern, so verschulden sie selbst den Verlust ihrer Anrechte.

Auf das kürzlich erschienene Jahrbuch 1907 sowie auch auf das Protokoll vom Verbandstag in Stuttgart machen wir die Verbandsmitglieder nochmals aufmerksam und ersuchen sie, sich rechtzeitig in den Besitz dieser beiden wichtigen Schriften zu setzen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

55619 Otto Zimmer, Tischler, geb. 28. 2. 81 zu Leipzig.
 96260 K. Freitinger, Tischler, geb. 29. 1. 74 zu Oberkling.
 156515 Georg Apelt, Tischler, geb. 15. 1. 79 zu Berlin.
 158516 J. Pabst, Tischler, geb. 15. 4. 78 zu Frankfurt a. M.
 166183 Karl Sandt, Tischler, geb. 2. 7. 80 zu Zanow.
 301864 Joseph Krieger, Tischler, geb. 11. 10. 86 zu Amberg.
 377988 Jos. Pfeibeger, Tischler, geb. 7. 4. 67 zu Griesheim.
 377995 Ad. Jakobson, Tischler, geb. 2. 12. 60 zu Hamburg.
 411522 Franz Nolde, Tischler, geb. 30. 5. 84 zu Bensheim.
 Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Augsburg. In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach am 22. August unser Verbandsvorsitzender, Kollege Leipart aus Stuttgart, über das Thema: „Alte und neue Aufgaben der Gewerkschaften“. Redner bemerkte zunächst, daß diejenigen, die die Gewerkschaften zu einem allgemeinen Arbeiterbund verschmelzen wollen, durchaus den Zweck der Gewerkschaften verkennen. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei, die die allgemeinen Arbeiterinteressen der Arbeiter in bezug auf Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten. Darum liegen die Hauptaufgaben der Gewerkschaften nach wie vor auf dem Gebiete der Lohnbewegung. Hier stehe man nun durch die Entwicklung der Tarifverträge mitten in einer sich vollziehenden Wandlung. Die Tarifverträge sind aber keinesfalls Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, nämlich um das bei den Lohnbewegungen Erreichte zu sichern auch für die Zeit der Krise. Durch die Tarifverträge wird aber der Klassenkampf und damit das Klassenbewußtsein durchaus nicht beeinträchtigt, im Gegenteil, gerade wenn die Arbeiter die Möglichkeit haben, nach einem Kampfe während der Vertragsperiode sich ökonomisch zu erholen und ihre Kräfte zu füllen, bleibe der Kampfesmut nicht aus. Und wenn auch die Erfolge der Tarifabschlüsse für den einzelnen nicht immer so groß sind, als früher bei Streiks, so sind eben so große Fortschritte wie früher in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich, da wir seither schon große Fortschritte erreicht haben, müssen wir eben etwas bescheidener werden. Die Tarifverträge zwingen den Arbeiter erst recht, kampfbereit zu sein, und zwar auch zu einer Zeit, wo sie sonst gar nicht in den Kampf eintreten würden. Daher sei eine der wichtigsten Aufgaben die Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder zu der nötigen Disziplin. Auch gelte es, darauf hinzuwirken, daß die Arbeitgeber einen Arbeiter, ähnlich wie der Staat und die Gemeinde, nur aus hinreichenden Gründen entlassen dürfen. Sehr wichtig sei der Ausbau des Unterstützungswezens, die Ausbildung der Jugend und die Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder am politischen Leben. — Reicher Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. An die Kollegen richten wir aber die dringende Mahnung, nicht bloß in öffentlichen Versammlungen zahlreich zu erscheinen, sondern auch in Mitgliederversammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Zugsstelle anwesend zu sein. Haben doch gerade die Augsburger Kollegen alle Ursache, zusammenzutreten, damit auch hier wieder einmal ein Schritt nach vorwärts gemacht werden kann.

Salbe. Den hiesigen Kollegen muß dringend ans Herz gelegt werden, daß sie der Organisation ein größeres Interesse entgegenbringen. Manches einer glaubt, anderen einen großen Gefallen zu erweisen, wenn er Mitglied des Verbandes wird. Diese Annahme ist aber falsch. Jeder hat die hiesigen schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen am eigenen Leibe zu spüren bekommen, und gewiß wären alle froh, wenn hier eine Besserung eintreten würde. Aber von selbst fliegen uns die gebrauchten Rahmen nicht in den Mund, und der Gesellenverein denkt an die Verbesserung der Lage der Solgarbeiter ebensowenig als der Angeler oder der Abhängerklub. Wir verdienen es niemand, wenn er das Bedürfnis hat, sich ein harmloses Vergnügen zu leisten oder diesem oder jenem Sport zu huldigen. Aber die Arbeiter dürfen nicht vergessen, daß Vergnügen und Sport für sie nur Nebensache sein dürfen. Viel wichtiger und für sie unentbehrlich ist die Zugehörigkeit zum Verband. Nur unser Verband setzt sie in die Lage, die Löhne zu steigern und die Arbeitszeit auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Aber dazu bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen. Diejenigen Mitglieder, die in die Lokalverwaltung berufen sind, müssen vor allen Dingen bestrebt sein, ihre Pflicht nach jeder Richtung zu erfüllen. Aber auch die übrigen Kollegen müssen ihnen zur Seite stehen und es mit ihrer Zugehörigkeit zum Verband ernst nehmen. Wo das nicht der Fall ist, erleidet nur zu leicht der Geifer der Verwaltung, die Zahlstelle verfaßt, und die Unternehmer haben die größte Freude daran, da sie dann mit uns umspringen können, wie sie wollen. Wir müssen alle Kraft anstrengen, daß ein solcher Zustand nicht auch bei uns eintritt. Deshalb ersuchen wir die Kollegen nochmals, ihrer Pflichten gegen die Organisation eingedenk zu sein und unablässig für den Verband zu agitieren. Zudem wir die uns noch Fernstehenden zur Organisation heranziehen, erweisen wir uns selbst den größten Dienst.

Stingen. Vor zwei Jahren ist es uns gelungen, die zehnstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 86 Pf. vertraglich festzulegen. Der zum 1. März 1908 ablaufende Vertrag, welcher ohne Kündigung ein Jahr weiter bestanden hätte, wurde von uns am 1. Februar gekündigt, und ließen wir die Kündigung dem die Verhandlung leitenden Baumeister Berg zugehen. Derselbe teilte uns jedoch mit, daß eine Vereinigung der Schreinermeister hier nicht bestehe, er also nicht befugt sei, die Kündigung anzunehmen. Hierauf teilten wir sämtlichen bei der Verhandlung anwesenden Meistern unsere Kündigung mit, zugleich mit einer Zeitbestimmung betreffs Festsetzung eines neuen Vertrages. Aber alles blieb still. Nun wurde von uns jedem einzelnen Meister die Kündigung schriftlich zugesandt, ebenfalls ohne

Erfolg. In Rücksicht auf die sich auch hier stark bemerkbar machende Geschäftskrise haben wir von weiteren Schritten ab und war unser Streben darauf gerichtet, die Lage zu halten wie bisher. Es wurde auch nicht der Versuch von Seiten der Meister gemacht, Verschlechterungen einzuführen. Unsere nächste Aufgabe ist nun, unermüdetlich zu agitieren, daß wir imstande sind, bei günstiger Gelegenheit mit unseren Meistern einen neuen Vertrag abzuschließen. Daß unsern Meistern unser Verband aber ein Dorn im Auge ist, beweist die Maßregelung unseres Kassierers, welcher fünfzehn Jahre in einem Geschäft tätig war und aus den wichtigsten Gründen unter der Vorgabe, er sei ein Pflücker, einfach entlassen wurde, ohne daß es ihm bisher möglich war, bei einem Schreinermeister auf Bau oder Möbel eingestellt zu werden. Es ist doch eigenartig, daß der Geschäftsinhaber 15 Jahre brauchte, um einen Arbeiter als Pflücker zu erkennen. — Noch ein anderes Beispiel spricht dafür, mit welchen Mitteln die Meister uns zu schädigen suchen. Unser Vorsitzender Kollege Christian ist bei der Firma Gähning, Werkzeugfabrik, als Schreiner beschäftigt. Nun baut der Werkführer der betreffenden Firma ein Wohnhaus, und wurden die Schreinerarbeiten, da im Geschäft die Krise sich auch bemerkbar macht, dem Kollegen Christian im Auftrag der Firma übergeben. Darob nun große Wut bei verschiedenen Meistern, und sie beschlossen, sich zu rächen. Da Christian aber ihrem Einfluß entzogen ist, nahmen sie ihre Zuflucht zur Behörde. Durch die Schreinermeister veranlaßt, versuchte die Steuerbehörde, unseren Kollegen zur Gewerbesteuer heranzuziehen. Trotz vieler Mühe hatte sie aber damit kein Glück, und jetzt scheint die Sache eingeschlafen zu sein. Wir sehen aus allen diesen Vorgängen, daß wir keinen Grund haben, die Hände in den Schoß zu legen, sondern daß es unsere Pflicht ist, nicht zu ruhen, bis wir auch den letzten Kollegen beim Verband haben. Zu wünschen wäre auch, daß die Kollegen in den Wagenfabriken, welche mit ganz wenig Ausnahmen noch unter dem Mindestlohn bezahlt werden, sich recht bald dem Verband anschließen, um auch ihre Lage zu verbessern. Als wir vor zwei Jahren unsere Lohnbewegung hatten, sah sich die rühmlichst bekannte Firma Hartner veranlaßt, ihren sämtlichen Schreiner den Lohn aufzubessern, so daß jetzt dort Löhne von 80 bis 85 Pf. bezahlt werden. Hier haben wir noch ein großes Feld zu bestellen. Doch die Organisation hat bereits begonnen, auch hier festen Fuß zu fassen, und bei anhaltender Arbeit wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Geisingen. Nicht nur der Geschäftsgang läßt hier viel zu wünschen übrig, auch die Kollegen sind recht flau. Im Auftrage des Gauvorstandes versuchte es der Kollege Dörfer kürzlich, hier und in Altenstadt Versammlungen abzuhalten. Aber trotz aller Mühe waren die Versammlungen recht schwach besucht. Durch einen Mißerfolg werden wir uns ja nicht entmutigen lassen, sondern im Gegenteil die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung nach Kräften fördern. Auch in Geisingen und Umgegend wird es noch mit unserer Organisation vorwärts gehen.

Hannover. (Drechsler.) Noch ist kein Jahr seit unserer Konferenz vergangen, und schon muß man sehen, daß ein Teil der Kollegen seine Pflicht vernachlässigt. Bedenkt man, wie groß das Verlangen der Kollegen nach einer Konferenz war und wie begeistert sie für die Abhaltung eintraten, so sollte man es kaum für möglich halten, daß jetzt schon eine so große Rauheit und Nachlässigkeit eingetreten ist. Wann endlich wird diese Gleichgültigkeit aufhören? Recht bedauerlich ist es, daß die Zentralkommission die Kollegen der einzelnen Orte gar schon an ihre Pflicht erinnern muß, um so bedauerlicher, wenn man sich noch daran erinnert, wie groß die Zahl derer war, welche auf der Konferenz zum Jammentrat, um Mittel und Wege zu finden, mittels derer das Drechslergewerbe einer besseren Zukunft entgegengeführt werden kann. Nun scheinen die Kollegen zu glauben, die besseren Verhältnisse kämen von selbst, und sie könnten nun wieder ruhig und sanft schlafen. Wir dürfen aber unter keinen Umständen die Hände in den Schoß legen, vielmehr haben wir allen Grund, uns aufzuraffen und mitzuarbeiten, aber vor allen Dingen den Beschlüssen der Konferenz voll und ganz nachzukommen. Welchen Wert hätte die Konferenz gehabt, wenn die Beschlüsse derselben nicht geachtet und innegehalten werden? Kollegen allerorts, seid euch der Pflicht bewußt, die Beschlüsse der Konferenz hochzuhalten. Vorwärts denn, es gibt kein Zurückstehen, heran zur gemeinsamen Arbeit. — Die hiesige Sektionsleitung wurde von den Gauvorstehern beauftragt, mit den Kollegen in Kirchbrack und Bodenwerder wieder in Verbindung zu treten. Die Kollegen waren im vorigen Jahre für den Verband gewonnen, aber kaum nach einem halben Jahre wurden sie wieder fahnenflüchtig. In einer Zusammenkunft, zu welcher die Kollegen eingeladen wurden, hörte man, daß hier nicht nur Drechsler, sondern auch 20 bis 30 Sägereiarbeiter tätig sind. Die Drechsler, soweit sie erschienen waren, erklärten sich bereit, dem Verband beizutreten, die übrigen Arbeiter stehen noch der Organisation fern. Es wird aber alles darangesetzt werden, auch diese für die Organisation zu gewinnen. So schön die Gegend mit ihren herrlichen Wäldern ist, so traurig sind die dortigen Verhältnisse. Schlechte Löhne bei einer langen Arbeitszeit sind vorherrschend. Viel Schuld tragen aber die Arbeiter selbst. Bei solchen Verhältnissen haben die Kollegen alle Ursache, eine Besserung anzustreben. Nun, der Anfang ist gemacht; einige Kollegen sind gewonnen, und wir haben die Überzeugung, daß mit der Zeit auch die übrigen folgen werden. Ist auch der steinichte Boden schwer zu beackern, so werden wir doch alle Kraft anwenden. Die Saat ist ausgestreut und wird auch Früchte bringen. Den Kollegen in Kirchbrack und Bodenwerder rufen wir zu: Seid eintig, schließt euch an und werdet Kämpfer unter der Fahne des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Heidelberg. Leider macht sich nun auch am hiesigen Orte die herrschende Krise in wenig erfreulicher Weise bemerkbar, und nimmt es bedauerlicher Weise nun auch bei uns den Anschein, als wenn mit der Krise im Wirtschaftsleben auch die Krise in unseren Mitgliederversammlungen ihren Einzug halten wollte. Dieses zu verhüten sollte Ehrenpflicht eines jeden Kollegen sein. Mehr denn je gilt es, die Organisation nach innen wie nach außen zu festigen und zu stärken. Samstag den 19. September referiert Kollege B. Weiß aus Mainz über das Thema: „Was sind uns

Arbeitern die Gewerkschaftsorganisationen zur Zeit der Krise?“ Kollegen, seht ein mit einer planvollen Agitation für diese öffentliche Versammlung. Macht in erster, eindringlicher Form alle uns noch fernstehenden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen, damit der Zweck des Arrangements auch voll und ganz erreicht wird.

München. (Korbmacher.) Die Versuche der hiesigen Korbmachermeister, Gehilfen nach München zu locken, veranlaßt uns, die Kollegen über die hiesigen Verhältnisse kurz auszuklären. Das Hauptbestreben der hiesigen Meister geht dahin, möglichst viele freie Arbeitskräfte zur Auswahl am Orte zu haben. Um dieses zu erreichen, suchen sie in den verschiedensten Blättern fortwährend Gehilfen, obwohl sie für die am Orte anwesenden Arbeitslosen keine Arbeit besitzen. Mancher Kollege ist auf die Zuschrift eines Meisters, welcher ihm hohen Verdienst, gute Luft und schöne Aussicht ins Gebirge (Sauer) versprach, nach München gekommen und mußte dann erfahren, daß er angelogen wurde. Nach acht- oder vierzehntägiger Arbeit war dieselbe wieder zu Ende. Besonders hemmend auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirken die in ziemlicher Anzahl vorhandenen sogenannten Dachstuhlkräuterer, welche Arbeiten von den größeren Firmen erhalten und diese zu Hause verfertigen. Auf Grund ihrer unkontrollierbaren langen Arbeitszeit drücken sie die Alfordpreise auf ein Minimum herunter, daß es dem Gehilfen unmöglich ist, bei einer geregelten Arbeitszeit von zehn Stunden das Stück um den gleichen Preis fertigzustellen. Der für unsere Münchener Verhältnisse viel zu niedrige Stundenlohn von 35 Pf. wird in den seltensten Fällen erreicht, und richten wir deshalb an die Korbmacher allerorts das Ersuchen, in ihrem eigensten Interesse sich erst bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen, bevor sie eine Arbeit in München annehmen.

Münster i. W. Während wir Holzarbeiter in früheren Jahren die führende Rolle in der Arbeiterbewegung Münsters hatten, scheinen jetzt die Mitglieder den anderen Gewerkschaften den Vorrang überlassen zu wollen. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir unsere verlorengegangene Position wieder erobern, da muß aber ein jeder mitarbeiten. Die Lokalverwaltung gibt sich die redlichste Mühe, sie kann aber auch nicht alles machen. Wir haben in letzter Zeit die traurige Erfahrung machen müssen, daß, während die Hälfte der Kollegen überhaupt schwänzt, die andere Hälfte, ob schon unsere Versammlungen auf 8 1/2 Uhr angesetzt sind, erst um 9 1/2 Uhr oder noch später erscheint. Daß da kein Interesse an der Sache kommen kann, versteht sich von selbst. Die wirtschaftliche Krise sollte einem jeden die Notwendigkeit, sich rege am Verbandsleben zu beteiligen, vor Augen führen. Kollegen, tue ein jeder seine Pflicht! Agitiere ein jeder für die nächste Versammlung, in der unser Gauvorsteher sprechen wird. Vor allem aber erscheine ein jeder selbst in der Versammlung. Suche ein jeder nach Kräften uns neue Mitglieder zuzuführen, dann wird es auch in Münster wieder anders werden.

Schöneheide. Recht gute Beziehungen zu ihren Arbeitern pflegt die Firma Heilmann (Wurstenfabrik) hier. Jedenfalls kommt ihr die hier vorherrschende Krise recht gut zu passe, ihre Unternehmervollkraft im hellsten Lichte glänzen zu lassen. Unlängst verlangte man von einigen Arbeitern, sie sollen die Fabrikaborte waschen. Bisher hatte diese Arbeit ein von der Firma bestimmter Arbeiter ausgeführt, zu dessen Bezahlung alle Arbeiter und Arbeiterinnen beitrugen; es kam auf den Kopf 2 Pfennig für einmaliges Reinigen. Frau Heilmann, die die maßgebende Person im Betrieb ist, meinte, man muß den widerspenstigen Arbeitern, welche sich dieser Latrinarbeit nicht unterziehen wollen, die Zähne zeigen, dann werden sie sich schon fügen. Es kam aber anders; zwei Arbeiter weigerten sich, worauf die Kündigung, beziehungsweise sofortige Entlassung vollzogen wurde. Diese beiden Arbeiter stehen im Alford und haben Kündigung, ihre Berufsarbeit ist eine ganz andere, nicht die eines Abortreinigers oder Hausnechtes. Warum denn ein solches Verlangen? Im übrigen dürfte Herr Heilmann doch wissen, wer für Instandhaltung seiner Fabrikanlagen zu sorgen hat, zu denen auch die Fabrikaborte gehören. Bei der Maßregelung des einen Arbeiters scheint übrigens noch ein besonderer Grund mitgewirkt zu haben. Frau Heilmann, welche diese Entlassung in Abwesenheit ihres Mannes vollzog, ist immer etwas aufgeregt, wenn es nicht nach ihrem Willen geht, darum wird ihr auch von Seiten der Arbeiter manches zugute gerechnet. Aber bei diesem Fall zeigte es sich, daß die Entlassung bereits vorbereitet war. Um 11 Uhr vormittags hat sie den betreffenden Arbeiter entlassen, und um 1 Uhr mittags war seine Stelle wieder besetzt. Frau Heilmann soll auch dann gedußert haben, nun kann es mit dem Abortwaschen werden wie es will. Daraus steht man, daß sie den Arbeiter so schnell wie möglich los sein wollte. Die Firma Heilmann ist ja in der glücklichen Lage, noch einigermaßen Aufträge zu haben, was ihr auch zu gönnen ist. Aber einen ziemlichen Teil der Aufträge bekommt sie aus größeren Arbeiterkonsumvereinen, die sie bei der Werbung von Arbeiterumschicht geflissentlich auf die hohen Löhne und das gute Verhältnis hinweist, welches zwischen der Firma und ihren Arbeitern besteht soll. Nach solchen Vorkommnissen, deren wir noch eine ganze Reihe ansühren könnten, dürfte das sogenannte gute Einvernehmen aber noch in recht weiter Ferne liegen. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um solchen und anderen Mißständen abzuhelfen, die auch in anderen hiesigen Wurstenfabriken gang und gäbe sind. — Den Wurstenarbeitern und Arbeiterinnen möchten wir aber zurufen, besucht eure Versammlungen besser und seid in der Werbung neuer Mitglieder auf dem Posten, kommt euren Verpflichtungen in jeder Richtung nach, dann werden alle Mißstände beseitigt werden können.

Sonneberg i. Thür. Nachdem sich die Lokalverwaltung mit dem neuen Gauvorsteher über eine umfassende Agitation verständigt hat, findet am Sonntag den 13. September nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Holzarbeiterversammlung im Vereinslokal „Krug zum grünen Kranz“ statt, in welcher Kollege Güth über das Thema: „Die Lohnbewegung der Holzarbeiter im Jahr 1907“ referieren wird. Sehr nötig ist, daß sich die Kollegen der Werkstelle von Sommer, Dobich und vor allem aus der Wistenfabrik von Gebr. Engelhardt in Oberwind endlich mal einfinden. Gerade bei Engelhardt stehen die Kollegen, zwölf an der Zahl, seit Jahren unter der Zucht eines ehemaligen Schreinermeisters, der sich aber jetzt als Geselle dafelbst als lieb Kind aufspielt. Angebliche

Furcht vor diesem Menschen hält sie vom Verbands fern. Wir werden alles daran setzen, daß auch diesen Kollegen ihre erbärmliche Lage zum Bewußtsein kommt. Denselben Appell richten wir noch an die Kollegen in Neustadt, Steinach, Lauscha und Neuhaus a. N. Es sind ferner die noch außenstehenden Fragebogen einzureichen. — Die durchreisenden Kollegen werden ersucht, die Verwaltungsmitglieder nicht in den Werkstellen aufzusuchen.

Swinemünde. Der Bericht aus unserer Zahlstelle in Nr. 28 unserer Zeitung hat bei unseren Arbeitgebern Anstoß erregt. Der Obermeister der hiesigen Zunft rief sich zwei seiner Arbeiter ins Kontor und hielt ihnen den Bericht vor. Er behauptete, daß derselbe so viel Unwahrheiten enthalte. Die Zunft habe sich noch gar nicht mit der Neugestaltung des Tarifs befaßt. Er gab weiter sein Wort, daß er selbst ebensowenig wie ein anderer Arbeitgeber der hiesigen Zunft dem Schußverband angehöre. Er ersuchte schließlich die Kollegen, dafür zu sorgen, daß eine Berichtigung erfolgt. Wir kommen diesem Wunsch hierdurch nach. In dem Bericht war gesagt, daß sich die hiesige Zunft mit auswärtigen Zünften in Verbindung gesetzt habe, damit diese ihr Arbeitswillige vermittele. Die Mitteilung ist dadurch entstanden, daß ein Arbeitgeber in der Werkstatt eine ähnliche Erklärung abgegeben hat. Die Behauptung, daß 35 Pfennig Stundenlohn in Zukunft Geltung haben soll, ist gleichfalls auf ein Privatgespräch zurückzuführen, das aber schon eine ganze Zeit zurückliegt. Da die Mitteilungen von Seiten der Arbeitgeber mit solcher Bestimmtheit gegeben wurden, konnten wir wohl auf den Gedanken kommen, daß die Zunft einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt habe. Die übrigen im Bericht erwähnten Tatsachen halten wir aufrecht. — Soeben geht uns der neue Vertragsentwurf der Arbeitgeber zu. Schon nach einmaligem Durchsehen dieses Vertrages können wir konstatieren, daß einzelne Positionen bis zu 25 Prozent im Preise herabgesetzt sind. Auch soll der bisherige Wochenlohn nicht mehr gegeben werden. Wir können heute schon erklären, wenn die Arbeitgeber auf dem eingefandenen Vertrag bestehen sollten, daß ein Abwehrkampf unvermeidlich ist. Wir erlauben demzufolge, von Swinemünde jeden Bezug nach Möglichkeit fernzubalten.

Uerdingen. In einer überaus zahlreich besuchten Mitgliederversammlung referierte der Generalsekretär Kollege Severentz-Gresfeld über das Thema „Die gegnerischen Gewerkschaften“. In der darauffolgenden Diskussion beleuchteten die einzelnen Redner treffend die Agitation der christlichen Holzarbeiter am Orte, wie dies der Beifall der Versammlung erkennen ließ. Obwohl diese einzeln durch Handzettel eingeladen waren, hatten sie es bis auf einen jüngeren Kollegen vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Natürlich ist es leichter, in geschlossenen christlichen Versammlungen die alten Phrasen von abgedroschenen Terrorismuszusagen aus der M.-Glabbacher Lügenfabrik zu verbreiten; da gibt es keinen Gegner, der diese Elaborate auf ihren wahren Wert zurückführt, und von den Zuhörern gilt das Wort des Nazareners: „Selig sind, die nicht sehen und doch glauben.“ Treffend wurde von einigen älteren Kollegen darauf hingewiesen, daß man als guter, überzeugter Katholik nicht nur den freien Gewerkschaften angehören kann, sondern sogar Mitglied derselben sein muß, da die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit Religion nichts zu tun haben. Nun, auch die christlichen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen, und wenn die Uerdingen Kollegen jeder einzeln in der Agitation ihre Pflicht tun, dann müssen unsere Brüder in Christo in Uerdingen für immer zur Ohnmacht verurteilt bleiben.

Treptow a. d. N. Im Frühjahr hatten wir eine Lohnbewegung, in der wir eine Arbeitszeitverkürzung von sechs Stunden pro Woche und eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde erzielten. Da die Geschäftslage nun abflaut, versuchen die Arbeitgeber auch schon wieder, uns das Errungene zu entziehen. Trotzdem glauben die Kollegen, sie tanzen auf Rosen. Trotz aller Mühe der Lokalverwaltung ist es nicht möglich, die Kollegen zu einer Versammlung zu bewegen, alles scheitert an deren Starrsinn. In den Gurra- und Klimbinvereinen, deren es in dem lieben Puttkamerun sehr viele gibt, sind auch stets unsere Kollegen anzutreffen. Fragt man die Kollegen, weshalb sie nicht zur Versammlung erscheinen, so bekommt man stets die Antwort, ich habe ja meine Beiträge bezahlt, was soll ich in der Versammlung. Darum, Kollegen von Treptow, wollt ihr das Errungene festhalten, so besucht die Versammlungen, die alle Dienstag nach dem 1. jeden Monats stattfinden. Nicht mit dem Buch in der Tasche und dem Beitragzahlen ist's gemacht, sondern jeder einzelne Kollege helfe am Ausbau der Organisation arbeiten und erleichtere der Lokalverwaltung die mühsame Arbeit. Deshalb vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Trossingen. Von den mehr als 200 Holzarbeitern, die hier beschäftigt sind, gehören nur wenige unserem Verbands an. Die schlechten Löhne, die hier bezahlt werden, sollten aber allein schon den Kollegen den Weg zur Organisation zeigen. Hier ist man aber anscheinend der Meinung, daß die Arbeitsverhältnisse ganz von selber besser werden, sonst müßte doch unsere Zahlstelle stärker sein und auch die Versammlungen müßten besser besucht werden. Unser Gauvorsteher, Kollege Raub, hielt am vorigen Sonntag eine Versammlung ab, wozu nur 20 Arbeiter, darunter nur wenige Kollegen, erschienen waren. Bei den hiesigen Kollegen wird es auch noch heißen, wer nicht hören will, muß fühlen. Oder glaubt denn unsere Arbeiterschaft in Wirklichkeit, daß die Unternehmer die Löhne freiwillig aufbessern werden?

Willingen. Seit einigen Wochen haben wir hier einen so starken Zuzug von Schreineren, wie seit langer Zeit nicht. Unsere Kollegen übersehen, daß es noch verfrüht ist, anläßlich des Donaueschinger Brandes in hiesiger Gegend auf lohnende Arbeit zu rechnen. Auf alle Fälle müssen wir dagegen protestieren, daß viele Kollegen, organisierte nicht ausgenommen, sämtliche Werkstätten systematisch überlaufen, bevor sie sich bei der Verwaltung erkundigen, ob überhaupt Blöße frei sind. Es ist dies notwendig, denn verschiedene Meister lassen es ihre Arbeiter fühlen, daß sie leicht Erbsen bekommen können. Wegen jeder Kleinigkeit (oft genügt die Zugehörigkeit zur Organisation beziehungsweise das Eintreten für den im Mai abgeschlossenen Tarif) werden unsere Kollegen entlassen. Also vor allem erst mit der Verwaltung Rücksprache nehmen! Auf einzelne Betriebe werden wir noch zurückkommen.

Böhen. Am 20. August fand hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Exner-Berlin einen belehrenden und interessanten Vortrag hielt über die gegenwärtige Lage in der deutschen Holzindustrie. Zum Schlusse seiner Ausführungen ermahnte der Referent die Kollegen, sich nicht abschrecken zu lassen und trotz der schlechten Konjunktur fest zur Organisation zu halten. Jeder Kollege sollte noch immer werden, damit auch hier unsere Lebenshaltung nicht noch weiter herabgedrückt wird, als sie es ohnehin schon ist. In der Graf Arnim'schen Hofschlerei gibt es Kollegen, die 15, 20, ja 25 Jahre in demselben Betriebe stehen und mit 15 Mk. Wochenlohn abgepeist werden. Es ist aber allbekannt, daß wo die Organisation schlecht ist, auch die Löhne schlecht sind, und daß dort die längste Arbeitszeit herrscht. Darum, Kollegen, wachet auf und besucht auch hier besser die Mitgliederversammlungen, welche jeden Donnerstag nach dem 15. stattfinden, um das Notwendige zu besprechen und zu beraten. Denn es tut doch jedem not, da wir hier doch auch nicht auf Rosen gebettet sind.

Unsere Lohnbewegung.

In Braunschweig hat sich nach langem Zögern die Firma C. Steinhage & Co. doch entschlossen, ihre Absichten offen auszusprechen. Bei einer mündlichen Unterredung erklärte sich die Firma wohl bereit, den gemahregelten Kollegen wieder einzustellen, machte es jedoch davon abhängig, daß bestimmte Sorten Körbe eine Ermäßigung des Affordpreises erfahren müßten. Dem Ersuchen, uns ihre selbstbestimmten Preise anzugeben, wollte man nachkommen. Andern Tages traf jedoch ein Schreiben der Firma ein, in dem verlangt wurde, daß der Tarif unbedingt keine höheren Preise aufweisen dürfe, als der Tarif in Hannover enthalte. Es ginge nicht an, daß eine „kleine“ Stadt wie Braunschweig höhere Affordpreise bezahle als die große Stadt Hannover. Wir hatten jedoch keinerlei Neigung, der Firma einen reduzierten Tarif zu offerieren und gaben den schriftlichen Bescheid, daß für uns keinerlei Anlaß vorläge, den Tarif zu ändern. Andern Tages wurde nun unseren noch beschäftigten Kollegen mitgeteilt, daß in 14 Tagen der Tarif abläuft, und von da ab niedrigere Preise gezahlt würden. Die großen Bemühungen, Unorganisierte heranzuziehen, haben wohl Kosten, aber wenig Erfolg gezeitigt. Unsere reisenden Kollegen werden gut tun, Braunschweig nicht aufzusuchen, und dafür zu sorgen, daß der Firma Steinhage & Co. bewiesen wird, daß sich die Korbmacherkollegen in der Abwehr der Affordreduzierung einig sind.

In Wohl (Wald) haben in der Möbelfabrik von Blum & Co. sämtliche Kollegen wegen Affordreduzierung gekündigt, denn es ist nicht möglich, bei den angebotenen Affordpreisen zu bestehen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Glogau befinden sich die Tischler im Ausstand. Am 17. August haben sie den Meistern ihre Forderungen unterbreitet, die in der Hauptsache die Erhöhung des Lohnes zum Zweck haben. Beträgt doch bisher der Durchschnittslohn der Möbeltischler 18 Mk., der der Bautischler 19 Mk. Da die Meister, die sich zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen hatten, unsere Forderungen rundweg ablehnten, traten am 24. August 50 Kollegen in den Ausstand. Inzwischen haben zwei Meister die Forderungen im wesentlichen bewilligt, so daß zwanzig Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Die übrigen Meister beharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt und haben auf den 5. September eine Aussperrung sämtlicher organisierter Holzarbeiter angekündigt. Von dieser Aussperrung werden zirka 100 Kollegen betroffen. Die Kollegen sehen der kommenden Dinge mit Ruhe entgegen, bitten aber um strengste Fernhaltung des Zugangs.

In Offenburg hat der Bürsten- und Pinselabrikant Schuhmacher den Feiertag mit Lohnausgleich eingeführt. Seither war die elftündige Arbeitszeit üblich.

Ausland.

In Budapest sind bekanntlich die Tischler ausgesperrt. Über die Ursachen des Kampfes entnehmen wir einer vorübergegangenen Mitteilung, daß in Budapest ein Kollektivvertrag existiert, der bis zum 1. August 1910 gilt; nur die in diesem Vertrag enthaltene Bestimmung über die Lohnhöhe war Ende Juli d. J. abgelaufen. Nach einer Bestimmung des Vertrags sollte zur Regelung dieses Punktes eine paritätische Kommission unter der Leitung eines neutralen Präsidenten zusammengetreten. Unsere Kollegen beantragten nun die Einberufung dieser Kommission und schlugen gleichzeitig vor, den Minimallohn von 44 auf 46 Heller und die Positionen des Bautischlertarifs um 5 bis 10 Prozent zu erhöhen, im übrigen aber den Vertrag zu erneuern. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern schroff zurückgewiesen; sie weigerten sich sogar, ihre Kommissionsmitglieder zu ernennen. Dagegen verkündeten sie, daß sie von einem Kollektivvertrag nichts mehr wissen, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängern und sonstige Verschlechterungen durchführen wollen. Nunmehr wurde in 10 Werkstätten die Arbeit eingestellt. Daraufhin beschloßen die Unternehmer die Aussperrung. Am 22. August wurden 665 Kollegen ausgesperrt, denen am 29. August 880 weitere folgten. Inzwischen wurden jedoch 180 Ausgesperrte unter Gewährung einer Entschädigung von ihren Meistern wieder eingestellt, und 150 Mann sind abgereist. Die Aussperrung ist also nur partiell, und der Versuch der Unternehmer, sie zu einer allgemeinen zu machen, ist mißlungen. Der Stand der Dinge ist so, daß die Unternehmer sich wohl werden genötigt sehen, einen neuen Kollektivvertrag abzuschließen. — Der Kampf hat inzwischen auch nach Wien übergreifen, wo in zwei Betrieben, deren Inhaber mit Budapestern Firmen in Verbindung stehen, die Arbeiter ebenfalls ausgesperrt wurden.

In Wien sind, wie bereits berichtet, seit dem 14. August die Stellmacher ausgesperrt. Die Aussperrung umfaßt sieben Fabriken und zirka dreißig Meister. Ausgesperrt sind etwa 300 Arbeiter. Am 29. August fand eine Unterhandlung beim Bund der Wiener Industriellen statt, die am 2. September fortgesetzt wurde. Die Verhandlungen haben sich jedoch zerschlagen, da die Unternehmer zunächst die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangten, ehe sie sich auf Zugeständnisse einlassen wollen. Der Kampf muß also weitergeführt werden, und ist der Zugang nach wie vor fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Arbeiterschutz auf der Ausstellung München 1908.

ah. Nur das Beste, Gebiegenste und künstlerisch Wertvollste soll gezeigt werden, so lautete der Grundsatz in den Einladungsschreiben zur Beteiligung an dieser Ausstellung. In der Abteilung Holzbearbeitungsmaschinen scheint man das Kapitel Schutzvorrichtungen für nicht wichtig genug erachtet zu haben, um nach obigem Grundsatz zu verfahren, was um so auffälliger ist, als gerade München in seinem Arbeiterwohlfahrtsmuseum ein Institut besitzt, das auf diesem Gebiet vorbildlich wirken sollte. Wenn auch die Leistungen der hiesigen Maschinenfabriken für Erbauung von Holzbearbeitungsmaschinen nicht an erster Stelle rangieren, so hätte man doch erwarten dürfen, daß zum mindesten vollkommene Maschinen vorgeführt würden.

Daß dieses nicht der Fall ist, beweist ein Rundgang in dieser Abteilung, bei welchem dem Kenner sofort jeglicher Mangel an Schutzvorrichtungen, zum mindesten von brauchbaren Vorrichtungen auffällt. Dabei trifft man noch Vorrichtungen von solch primitiver Art und so veralteter Konstruktion, daß bei Benutzung derselben anstatt Schutz vor Verunglückung eher eine Vermehrung der Gefahr zu erblicken ist. Bekannt ist auch in Maschinenkreisen, daß hierdurch gerade die Abneigung gefördert wird, überhaupt mit Schutzvorrichtungen zu arbeiten.

So sahen wir an einer ausgestellten Fräsmaschine einen gußeisernen Schuttkorb, der als Schutzvorrichtung bei allen Fachmännern als völlig wertlos bezeichnet wird. Trotz Unfallverhütungsvorschriften der bayerischen Holzindustrieberufsgenossenschaft ist an einer Bandsäge weder die obere noch die untere Scheibe verdeckt. An einer Fräsmaschine, die zum Abplatten für Türfüllungen eingestellt war, fehlte nicht nur die Schutzvorrichtung, sondern auch eine Druckfeder, die es ermöglicht, eine etwas verzogene Füllung selbsttätig festzuhalten. An anderen Fräsmaschinen läuft die Welle mit vier Messern vollständig frei, lediglich ein primitiver Holzanschlag ist angeschraubt, eine kleine Rückprallung des zu bearbeitenden Holzes, und die Finger sind weggerissen. An einer Kreissäge befindet sich eine Schutzhaube und Spaltteil, ähnlich wie solche im Arbeiterwohlfahrtsmuseum zu sehen ist, nur mit dem Unterschied, daß im letzteren die Vorrichtung gezeigt wird mit dem Vermerk, „wie eine Schutzvorrichtung an der Kreissäge nicht beschaffen sein sollte“.

Diese paar Beispiele dürften genügen, um darzutun, daß man in dieser Ausstellung dem Grundsatz, daß zur Schonung von Leben und Gesundheit des Arbeiters an Maschinen die beste Schutzvorrichtung gerade gut genug ist, wieder einmal nicht Rechnung getragen hat, obgleich Befugungen des Staatsministeriums des Innern bestehen, nach welchen Ausstellungen von Maschinen nicht eher eröffnet werden dürfen, ehe nicht die Genehmigung seitens der berufenen Stellen, Gewerbeinspektion und Berufsgenossenschaft, erteilt ist. Es fragt sich daher, ob diese Anordnungen getreulich erfolgt sind. Wir müssen immer wieder mit Nachdruck fordern, daß gute, brauchbare Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen als ein unzertrennlicher Bestandteil von solchen betrachtet wird.

Werden Maschinen ohne Schutzvorrichtungen oder mit solchen primitiver und unbrauchbarer Konstruktion auf Ausstellungen vorgeführt oder gar gekauft, so ist es sehr nahe liegend, daß die Käufer solches als genügenden Schutz für den Arbeiter betrachten. Kommen später Beanstandungen durch Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft oder der Gewerbeinspektion, oder drängen die Arbeiter, welche um ihre ge sunden Glieder bangen, kann sich die Unternehmung sehr schwer zu bewegen, nachzugeben und sich wegen Beschaffung geeigneter Vorrichtungen in Kosten zu stürzen.

Diese Forderungen müssen um so nachdrücklicher erhoben werden, wenn es sich um Maschinen für das Kleingewerbe handelt, um sogenannte Universalmaschinen. Müßen doch an solchen nicht bloß die Gehilfen, sondern vielfach auch Lehrlinge arbeiten, denn gerade im Kleingewerbe, das mit Maschinen arbeitet, sieht es mit dem Schutze des Arbeiters recht bedenklich aus. Die zunehmende Zahl der Unfälle bestärkt unsere Behauptung. Deswegen müssen wir mit allem Nachdruck bei jeder Gelegenheit die Forderung erheben: Holzbearbeitungsmaschinen dürfen nur mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in den Handel gebracht, und auf Ausstellungen nur mit vollkommenen Vorrichtungen zum Schutze des Arbeiters vorgeführt werden.

Kinderschutz in der Spielwarenindustrie. Die für die Spielwarenindustrie noch bestehenden Ausnahmestimmungen im Kinderschutzgesetz sollen, wie aus Sonneberg gemeldet wird, am 1. Januar 1909 aufgehoben werden.

Es handelt sich hierbei um die Vorschrift im § 13 des Kinderschutzgesetzes vom 3. Mai 1903, nach welcher auch eigene Kinder unter 10 Jahren nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen. Durch eine Bekanntmachung des Bundesrats sind abweichend hiervon für bestimmte Bezirke und für gewisse Arbeiten Ausnahmen zugelassen worden insofern, als die Beschäftigung eigener Kinder schon mit dem vollendeten neunten Jahre gestattet war. Für diese Ausnahmen kam neben einigen anderen Industrien vornehmlich die Spielwarenindustrie in der Gegend von Sonneberg in Betracht. Da die Geltungsdauer der vom Bundesrat gestatteten Ausnahmen im Gesetz selbst auf zwei Jahre festgesetzt ist, treten diese Ausnahmestimmungen am 31. Dezember 1908 von selbst außer Kraft.

Aus der Krankenkasse der Berliner Tischlerinnung. Die Berliner Tischlermeister haben ihren aus dem famosen Schreiben des Obermeisters Rahardt an den Rassenvorstand deutlich ersichtlichen Plan, in der Generalversammlung der Kasse Krach zu provozieren, prompt durchgeführt. Obwohl

ihnen von unseren Kollegen die wahren Gründe des schlechten Standes der Krankenkasse deutlich vor Augen geführt wurden, zeigten sich die Meister jeder Belehrung unzugänglich, und Herr Rahardt hielt eine Rede, die durchaus auf den Ton gestimmt war, den er in seinem Briefe angeschlagen hatte. Als ihm mit gleicher Münze heimgezahlt wurde, spielten die Meister die Empfindlichen und verließen mit wenigen Ausnahmen die Versammlung. Die vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung wurde hierauf gegen die Stimmen der im Lokal gebliebenen Meister angenommen.

Die christliche Internationale. Der christliche Holzarbeiter bestätigt, was wir in dem Leitartikel in Nr. 35 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sagten, daß ihm sein täppisches Urteil über den vorjährigen Internationalen Kongreß in Stuttgart jetzt sehr unangenehm ist. Natürlich gibt das Blatt nicht offen zu, im vorigen Jahre eine Dummheit gemacht zu haben, aber es dreht und windet sich in einer Mitleid erweckenden Weise und erklärt schließlich mit der edlen Bescheidenheit, die den Christen so schön ansteht: „Ein Vergleich zwischen der christlichen und sozialdemokratischen internationalen Konferenz wird immer zugunsten der ersteren ausfallen. Wenn das die Sozialdemokratie ärgert, kann's uns recht sein.“

Wir beugen uns in Demut vor diesem Diktum unserer christlichen Kollegen, denn was hätte es noch für einen Zweck, über eine Sache zu streiten, über welche das Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes sein unfehlbares Urteil abgegeben hat. Nur auf einen kleinen Irrtum möchten wir den christlichen „Holzarbeiter“ aufmerksam machen. Wir ärgern uns durchaus nicht über die christliche Tagung in Zürich, sondern sind mit ihrem Verlauf, wie wir bereits ausgesprochen haben, im Gegenteil recht zufrieden. Hoffentlich erregt diese unsere Zufriedenheit nicht etwa wieder den Ärger der Christen.

Die Hirsch-Dunderschen geben sich redliche Mühe, ihre auseinanderlaufenden Mitglieder zusammen zu halten; wie die letzte Jahresabrechnung zeigt, sind aber alle ihre Anstrengungen vergeblich. Jetzt schlägt die „Giche“ kräftig die Reklametrommel für den Gewerbeverein der Tischler, oder wie er jetzt heißt, der Holzarbeiter, sie kennt aber kein zugkräftigeres Agitationsmittel als die Krankenkasse des Gewerbevereins. Es ist ja recht schön und gut, wenn sich die Arbeiter gegen Krankheit versichern und sich bemühen, neben der Unterstützung aus der gesetzlichen Krankenversicherung das Anrecht auf einen Zuschuß zu erwerben. Aber ist das ein zwingender Grund für die Arbeiter, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen?

Der Deutsche Holzarbeiterverband gewährt zwar seinen Mitgliedern unter andern auch eine Unterstützung in Krankheitsfällen, aber die Holzarbeiter, welche dem Verband beitreten, lediglich um ein Anrecht auf diese Unterstützung zu erwerben, sind kein Gewinn für die Organisation. Sie haben deren Zweck verkannt und müssen erst noch zu Gewerkschaftlern erzogen werden. Bei den Hirschen scheint aber die Krankenkasse das Wichtigste zu sein, anders ist es nicht zu verstehen, daß die „Giche“ Vergleiche zieht zwischen der Hirsch-Dunderschen Krankenkasse und dem Krankengeldzuschuß, welchen der Deutsche Holzarbeiterverband und der christliche Verband zahlt. Ein solcher Vergleich ist schon deshalb unzulässig, weil die Hirsch-Dundersche Krankenkasse selbständig verwaltet wird und nicht ganz unbedeutende Beiträge erhebt, die neben dem Gewerbevereinsbeitrag gezahlt werden müssen, während sich die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes das Anrecht auf die Krankenunterstützung lediglich durch ihren Verbandsbeitrag erwerben.

Es ist auch ein sehr abgenutzter Trick, wenn die „Giche“ betont, daß die Unterstützung im Holzarbeiterverband eine freiwillige sei, da es im Statut heißt, sie kann gewährt werden, so daß die Mitglieder kein klagbares Recht auf die Unterstützung besitzen. Diese Bestimmung existiert tatsächlich in unserem Verbandsstatut, aber in Wirklichkeit ist noch nie einem Mitglied eine Unterstützung verweigert worden, wenn es die statutarischen Voraussetzungen für ihren Bezug erfüllt hatte. Wenn aber die Redaktion der „Giche“ den Zweck dieses Vorbehalts im Statut unseres Verbandes nicht kennt, dann empfehlen wir ihr, bei ihrem Generatrat Einlassungen einzulegen, weshalb es im Statut des Gewerbevereins in § 2 unter Ziffer 6 heißt: „Die aufgeführten Unterstützungen werden in ihrer Höhe und Dauer nach dem jeweiligen Stand der Hauptkasse vom Generatrat bemessen, ohne daß jedoch den Mitgliedern ein klagbares Recht auf dieselben zusteht.“ Falls sie dort keine genügende Auskunft erhält, so sind wir gern bereit, nachzuhelfen.

Sollten die Hirsche im übrigen wirklich durch den Speck der Krankenkasse einige Mitglieder fangen, dann gönnen wir ihnen den Erfolg von Herzen. Viel werden es ohnehin nicht sein. Daß sie aber ihre Krankenkasse als zugkräftigstes Agitationsmittel betrachten, beweist, wie sehr die Hirsche auf den Hund gekommen sind.

Gewerkschaftliches.

Das Jubiläum der Metallarbeiter-Zeitung.

Die Nummer 37 der Metallarbeiter-Zeitung ist als Festsnummer in einem Umfang von 16 Seiten erschienen, gilt es doch, das 25jährige Jubiläum dieses Gewerkschaftsblattes würdig zu begehen.

Die Metallarbeiter-Zeitung, die in einer Auflage von mehr als 88000 Exemplaren erscheint, hat die weitaus größte Verbreitung unter allen Arbeiterblättern, und der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Organ die Metallarbeiter-Zeitung ist, kann für sich in Anspruch nehmen, über die größte Mitgliederzahl aller Gewerkschaften, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt zu verfügen. Der Metallarbeiterverband und mit ihm die Metallarbeiter-Zeitung haben in den letzten Jahren einen beispiellosen Aufschwung genommen. Ein Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren zeigt aber, daß der Fortschritt nicht von ungefahr kam, sondern daß es reichlich Mühe und Arbeit gekostet hat, um die nun erreichte Höhe zu erklimmen.

Die Gründung der Metallarbeiter-Zeitung fällt in eine Zeit, in welcher das Sozialistengesetz schwer auf der

deutschen Arbeiterschaft lastete. Anfangs der achtziger Jahre war wohl in einigen Städten wieder mit der Gründung von Fachvereinen der Metallarbeiter begonnen worden, diese Vereine hatten aber keinerlei Verbindung miteinander. Das Bedürfnis für eine solche machte sich in stärkerer Maße bemerklich, als der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes das Versammlungsleben der Arbeiter mehr in Fluß brachte. Es war das Verdienst Karl Grillenbergers, der den in jener Zeit vielfach geäußerten Wünschen nach Schaffung eines geistigen Bindemittels für die Metallarbeiter Deutschlands feste Gestalt gab. Am 15. September 1888 erschien in Nürnberg die erste Nummer der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, nachdem der Gründungsplan gründlich erwogen und insbesondere auch der Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter sich für den Plan ausgesprochen hatte. Waren doch auch die Zahlstellen dieser Krankenkasse das wichtigste Gebiet für das Sammeln von Abonnenten auf das neue Blatt. Die Redaktion der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ wurde, da sich Grillenberger infolge der Überhäufung mit anderen Ämtern dieser Aufgabe nicht widmen konnte, dem Genossen Joh. Scherm übertragen, der auch heute noch in alter Frische die Leitung der Metallarbeiter-Zeitung in Händen hat, und der mit ihr sein 25-jähriges Amtsjubiläum feiern kann.

Die Festsnummer der Metallarbeiter-Zeitung bringt nach einem Rückblick auf die Gründungsgeschichte des Blattes aus der Feder von Scherm eine Reihe von Festartikeln. U. A. ist die Entwicklung, welche die Metallarbeiter-Zeitung in den 25 Jahren ihres Bestehens genommen hat, Revue passieren. Die Rücksicht auf das Sozialistengesetz zwang die Metallarbeiter-Zeitung, in den ersten Jahren ihres Bestehens die Fragen, welche die Arbeiterbewegung angingen, sehr vorsichtig zu behandeln, dagegen wurde der fachtechnische Teil mehr gepflegt. Nichtsdestoweniger hat sich das Blatt um die Förderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Metallarbeiter große Verdienste erworben. Bei seiner Gründung existierten wohl, wie bereits erwähnt, einige lokale Fachvereine, aber kein Zentralverband in der Metallindustrie. In der Folge gab es viele Streitigkeiten über die Organisationsform, die auch mit der im Jahre 1891 erfolgten Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes noch nicht aus der Welt geschafft waren. Eine Anzahl von Branchenorganisationen bewahrten ihre Selbstständigkeit neben dem Industrieverband, und der Aufsaugungsprozeß dieser Organisationen durch den Metallarbeiterverband ist bekanntlich auch heute noch nicht vollendet.

Die Förderung des Zentralisationsgedankens durch die Metallarbeiter-Zeitung kam rückwirkend auch dem Blatt selbst zugute. Ursprünglich war es alle 14 Tage erschienen, vom Jahre 1884 erschien es monatlich dreimal, und seit dem 1. Juli 1886 erscheint die Metallarbeiter-Zeitung wöchentlich. Im Laufe der Jahre hat das Format der Zeitung verschiedene Änderungen erfahren, gegenwärtig erscheint sie regelmäßig acht Seiten stark in großem Format. Bei der Gründung des Metallarbeiterverbandes wurde die Metallarbeiter-Zeitung obligatorisches Verbandsorgan, und seither ist ihre Auflage in dem gleichen Maße gestiegen, wie der Metallarbeiterverband an Mitgliedern gewachsen ist.

Unter den Freunden und Mitarbeitern, die der Festsnummer der Metallarbeiter-Zeitung Beiträge gestiftet haben, nennen wir den Verbandsvorsitzenden Alexander Schlichte, der über „Des Deutschen Metallarbeiterverbandes Lebensmorgen“ schreibt. August Bebel würdigt die Bedeutung der Metallarbeiter-Zeitung für die Bewegung der deutschen Metallarbeiter. Wilhelm Bloss gedenkt in einem mit dem Porträt Karl Grillenbergers geschmückten Artikel des Gründers der Metallarbeiter-Zeitung. Dionis Zinner schreibt über „Die Gewerkschaftspresse als Erziehlerin“, und in einem Artikel mit der Überschrift „Wem gehört die Zukunft?“ würdigt Paul Umbreit die Bedeutung des Metallarbeiterverbandes, den er mit dem zusammenschmelzenden Häuflein der Hirsche vergleicht. „Aus früheren Tagen“ berichten Martin Segitz und Karl Reisinger, denen sich in besonderen Artikeln Severing, Mehger und Theodor Schwarz anschließen. Daß man auch im Ausland des Jubiläums der „Metallarbeiter-Zeitung“ gedacht hat, zeigen Zuschriften von George M. Barnes, dem Vorsitzenden des englischen Metallarbeiterverbandes, sowie solche aus Frankreich und Rußland. Zum Schluß sei noch des Beitrags von Karl Frohne gedacht, der im Feuilleton über „Die Kultur-faktoren Kohle und Eisen“ schreibt. Alles in allem genommen, kann die Metallarbeiter-Zeitung auf die Jubiläumsnnummer, die sie herausgebracht hat, mit Recht stolz sein.

Unrecht wäre es, wenn man beim Jubiläum der Metallarbeiter-Zeitung nicht auch ihres alten Redakteurs gedenken wollte. Johann Scherm ist von der Gründung des Blattes an ununterbrochen sein Schriftleiter gewesen, und wenn sich die Metallarbeiter-Zeitung einen geachteten Namen gemacht hat, dann ist das zu einem großen Teil der Tätigkeit Scherms zu danken. Offenbar ließ es seine Bescheidenheit nicht zu, daß seine persönlichen Leistungen in den 25 Jahren seiner Redaktionsführung in der Jubiläumsnnummer stärker hervorgehoben wurden; das kann aber uns nicht hindern, auf diese Tätigkeit ganz besonders hinzuweisen. Dem Veteranen der Arbeiterbewegung Johann Scherm bringen wir zu seinem 25-jährigen Jubiläum als Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung unseren herzlichsten Glückwunsch.

Im übrigen können wir uns durchaus dem anschließen, was Bebel in dem „Mein Wunsch“ überschriebenen Artikel der Jubiläumsnnummer sagt: „Ich wünsche aufrichtig, daß die große Bedeutung, die der Deutsche Metallarbeiterverband für unsere gesamte wirtschaftliche Entwicklung bis-

her schon gehabt hat, mit jedem Jahre mehr wachse, und ihm vergönnt sei, in kurzem seine Mitgliederzahl zu verdoppeln, ja zu verdreifachen. . . . Der Metallarbeiter-Zeitung wünsche ich zu ihrem Jubiläum, daß sie noch in höherem Maße als bisher, gestützt auf immer mehr Tausende, Führerin und Vorkämpferin in diesem Ringen sein möge.“

Wenn sich zwei Ehrenmänner streiten. Im Hauptquartier der Gelben in Berlin ist eine grimme Fehde entbrannt. Die dicke Freundschaft zwischen den Ehrenmännern Beiersdorf und Lebius hat ein Loch bekommen, und sie tragen ihren Streit durch Flugblätter und Zirkulare aus, die das Gute an sich haben, daß sie auch ehrlichen Menschen einen Einblick in die gelben Intimitäten gestatten. Seither hatten sich die beiden Eblen einträchtig in die Führung der Gelben geteilt. Lebius war Redakteur des „Bund“, des von den Unternehmern unterhaltenen Organs der gelben Gewerkschaften, während Beiersdorf, der Arbeitsnachweissekretär, sich als Agitator in den Versammlungen der Gelben einen Namen gemacht hat. Gemeinsam haben sie die Dummen, die sich in die Neze der Gelben fangen lassen, an der Nase herumgeführt und ihnen für wertlose Sachen Geld abgenommen, jetzt aber wollen sie ihre Wege trennen, und so beginnen sie ihre Geschäftsgeheimnisse auszuplaudern.

Beiersdorf macht den Anfang, indem er mit seinen Freunden folgendes Flugblatt verbreitet:

Zur Aufklärung!
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die unterzeichneten Organisationen ihren Arbeitsnachweis nach Blankensfelder Straße 4, vorn im Laden, verlegt haben.
 Kollegen! Durch das Verhalten des Bundesvorsitzandes waren wir gezwungen, uns selbständig zu machen. Lange haben wir uns wie Kinder bevormunden lassen, haben gesehen, wie unsere Interessen mit Füßen getreten wurden. Kollegen! Diese Fesseln mußten wir uns abwerfen. Wir wollen mit unseren Arbeitgebern in Frieden leben, wollen aber ehrliche Arbeiter bleiben, die sich auch die Achtung der Gegner verschaffen wollen. Mögen die Herren „Bürger“ sehen, wie sie ihr Geschäft weiter betreiben können. Wir wollen einem arbeitslosen Kollegen nicht für eine wertlose Sache 50 Pf. abnehmen und dann wochenlang ohne Arbeit laufen lassen. Macht eure Augen auf und gebt denselben die richtige Antwort, wenn sie ehrliche Arbeiter verleumden wollen.

Laßt euch nicht erzählen, daß unsere Organisationen polizeilich nicht genehmigt sind. Alles Schwindel! Jeder kann die polizeiliche Genehmigung bei unserem Arbeitsnachweis einsehen.

Klärt die Kollegen auf und bleibt, was ihr seid:
 ein ehrlicher, nationaler Arbeiter.
 Deutscher Handwerker-Vereinsverband.
 Gelber Metallarbeiterverband.
 Deutscher Automobilführerverein.

Man darf wohl annehmen, daß Beiersdorf den Rummel kennt. Wenn wir auch berechtigt sind, die Behauptungen dieses Ehrenmannes mit dem nötigen Mißtrauen aufzunehmen, so können wir ihm doch aufs Wort glauben, wenn er die Tätigkeit der gelben Führer mit den Worten charakterisiert: „Alles Schwindel!“ Das ist sicher nicht gelogen.

Die Opposition gegen den Lebius beschränkt sich jedoch nicht auf das Arbeiten mit Flugblättern, die Opponenten haben auch gleich eine Zeitung gegründet, die unter dem Titel „Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung“ dem Lebiuschen „Bund“ Konkurrenz machen soll. Zur Herausgabe dieses Blattes hat sich ein niedliches Kleeblatt zusammengesunden. Neben dem Beiersdorf finden wir den berühmten Weinfe, bekannt als Klauschnepper beim Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung seligen Andenkens, und als dritter im Bunde figuriert der Vorsitzende des gelben Metallarbeiterverbandes, ein gewisser Werkzeugmacher, Ernst Schmidt, der sich durch Unterschlagung von Vereinsgeldern einen Namen gemacht hat. Das neue Organ der gelben Opposition heißt natürlich richtig gegen den ehemaligen Bundesfreund Lebius vor. Es wird diesem vorgeworfen, daß er feige geküßelt sei, als es galt, vor Gericht seine Ehre reparieren zu lassen. Er hat den „Vorwärts“ verflagt, weil dieser behauptet hat, daß er kein Ehrenmann sei. Der angegebene Termin mußte aber ausfallen, weil Lebius nicht vernunftfähig war, was aber den armen Kranken nicht hinderte, am folgenden Tage gesund und munter als Hauptredner in einer gelben Versammlung aufzutreten. Ob der dem Beiersdorf widerfahrene Sinauswurf wirklich so unberechtigt war, wie dieser es hinstellt, können wir natürlich nicht beurteilen, interessant ist es aber, was das Blatt weiter schreibt:

„Seine (des Lebius) Bureaudamen hatten dieselbe Erfahrung machen müssen. Auch sie mußten ohne Grund das gastliche Heim des Herrn Lebius verlassen. Damals nämlich, vor einem Jahre, als der „Bund“ noch im Anfangsstadium war, konnte man allerdings noch nicht wissen, daß das Geschäft sich in kurzer Zeit so hob, und nun mußten eben diejenigen das Feld räumen, welche Herrn Lebius vor einem Jahre gekannt haben, als noch eine Eierkiste das Küchenpind darstellte. Heute bewohnt der Herr eine Beletage im feinsten Viertel Charlottenburgs. Hochmut kommt vor dem Fall.“

Das Geschäft als gelber Agitator lohnt sich also, und man kann es den Beiersdorf und Konsorten nachfühlen, daß auch sie Sehnsucht nach einer Beletage im feinsten Viertel von Charlottenburg haben.

Durch die Vorwürfe und Angriffe ist der Lebius in eine schlimme Situation geraten. Er sieht seine Position wanken, und um sich zu retten, versendet er an die Unternehmer folgendes Zirkular:

Der Bund Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber.
 Charlottenburg-Berlin, den 24. August 1908.
 Mommsenstr. 47.
 Herr Fabrikbesitzer

Der endesunterzeichnete Bundesvorsitzende erlaubt sich, Sie ergebenst davon zu benachrichtigen, daß er leider gezwungen war, seinen bisherigen Arbeitsnachweissekretär Beiersdorf zu entlassen, weil er das in ihn gesetzte Ver-

trauen größtlich mißbraucht hatte. Anlässlich einer ersten Auseinandersetzung mit Beiersdorf, der ohne unser Wissen für vierhundert Mark Drucksachen gekauft hatte, kamen wir zufällig dahinter, daß Beiersdorf und der Werkzeugmacher Ernst Schmidt hinter unserm Rücken fieberhaft tätig waren, um eine den Werkvereinen feindlich gestimmte zentralistische Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Nach der eigenen Angabe von Beiersdorf soll seine neue Arbeiterbewegung von dem unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern, in dem sich angelich die gelben Werkvereine befinden, befreit werden. Nach Beiersdorf sollen die Interessen der Gelben von ihren Führern bisher mit Füßen getreten worden sein, und er will nun dafür sorgen, daß seine Anhänger nicht mehr für Schmalzstullen arbeiten. Er rühmt sich, daß man ihm im Polizeipräsidium gratuliert habe, daß er endlich die gelbe Arbeiterbewegung aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den Arbeitgebern erlöse.

Da es nicht im Interesse der Industrie liegt, daß unsere junge gelbe Arbeiterbewegung durch ehrgeizige und disziplinslose Führer zersplittert wird, so bitten wir Sie ergebenst, den Arbeitsnachweis des Herrn Beiersdorf nicht zu benutzen, zumal sich Beiersdorf durch Erhebung einer Vermittlungsgebühr von 50 Pfennig von jedem Arbeitslosen eine ergiebige Einnahmequelle zu verschaffen sucht.

Wir bemerken, daß unser Arbeitsnachweis nach wie vor bis zum 1. Oktober sich Chausseestr. 9 befindet. Gleichzeitig möchten wir dagegen protestieren, daß unsere gelben Werkvereine sich in einem unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern befinden. Abhängig ist jeder Mensch, und die sich unabhängig dünkenden Fanatiker sind abhängig von ihren demagogischen Schlagworten und Führern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Der Vorsitzende des Gelben Arbeitsbundes (Sitz Berlin)
 R. Lebius.

Ob es dem Lebius möglich sein wird, sich die Gunst der Arbeiterseite zu erhalten, oder ob es seinen Konkurrenten Beiersdorf und Konsorten gelingt, ihn auszustechen, wissen wir nicht. Die Vermutung ist aber naheliegend, daß beide von den Scharfmachern den wohlverdienten Fußtritt erhalten. Wenn sich die gelben Häuptlinge auf offenem Markte zanken und dabei in läppischer Weise ihre Geschäftsgeheimnisse verraten, dann wird ihre Gesellschaft für die Scharfmacher schließlich doch etwas kompromittierlich. Aber gleichviel, welche Folgen der Streit hat, er ist geeignet, den Arbeitern die Augen über die Gelben zu öffnen.

Sie sind einander wert. Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, ist auch bei der Firma Krupp in Essen ein gelber Verein gegründet worden, der bei einem Monatsbeitrag von 30 Pf. die politischen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder in der Weise vertreten will, daß er sich zur Beseitigung vorhandener Mißstände unter Umgehung der unteren Vorgesetzten direkt an die Hauptleitung des Werkes wendet. In die Leitung des Vereins, der schon 100 Mitglieder zählen soll, sind einige Führer des evangelischen Arbeiter- und Bürgervereins gewählt, und um die Gründung hat sich ein früherer Hirsch-Dunker-Gewerkschaftsführer, der nationalliberale Parteisekretär Kubbutat, hervorragend verdient gemacht.

Der „Gewerkverein“ fühlt sich durch die besonders in der christlichen Presse unterstrichene Behauptung von der hervorragenden Mitwirkung eines Hirsch-Dunderschen Führers bei dieser gelben Gründung unangenehm berührt. Er bestreitet, daß Kubbutat eine Führerrolle bei den Hirschen gespielt hat, und behauptet, daß er nur wenige Monate Mitglied beim Gewerkverein der Maschinenbauer gewesen sei. Um sich jedoch zu revanchieren, teilt das Blatt mit, daß der Vorsitzende des gelben Vereins in Essen, Friedrich Heß, früher Vertrauensmann im Christlich-sozialen Metallarbeiterverband gewesen sei und daß die Mehrzahl der Gelben in Essen ehemalige Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind. — Da hätten wir also die ganze Gesellschaft beisammen. Evangelische Arbeitervereiner, Hirsche und Christen bunt durcheinander gewürfelt, das gibt eine gelbe Gewerkschaft.

Der Senefelderbund hat bekanntlich auf seiner im September 1907 in München abgehaltenen Generalversammlung seine Auflösung beschlossen. Das Vermögen, über 500000 Mk., soll in der Weise aufgebraucht werden, daß hiervon nur alle die Invaliden, Witwen und Kranken weiter unterstützt werden, die am Tage des Auflösungsbeschlusses bereits im Unterstützungsgenusse standen. Die Invaliden erhalten wöchentlich 7 Mk., die Witwen 3,50 Mk. und die Kranken 12 Mk. Die neuen nach dem 1. Oktober 1907 eintretenden Unterstützungsfälle werden vom Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe (freie Gewerkschaft) unterstützt, der die Mitglieder des aufgelösten Unterstützungsvereins mit allen Rechten übernommen hat. Gegen diese Generalversammlungsbeschlüsse wurden zwei Klagen angestrengt.

In einem Falle handelte es sich um ein ehemaliges Mitglied, das nicht mit in die Organisation übergetreten ist, sondern in den inzwischen gegründeten „gelben“ Unterstützungsverein „Senefelder“ eintrat, der von den Arbeitgebern tatkräftig unterstützt wird. Der Kläger wurde nun nach dem 1. Oktober 1907 krank und verlangte von der Liquidationskommission des Bundes Unterstützung, welche ihm nach den vorliegenden Generalversammlungsbeschlüssen verweigert wurde. Der Kläger klagte deshalb gegen die Art der Liquidation, gegen diese Kassensperre. Durch Urteil des Landgerichts Berlin I wurde jedoch diese Klage zurückgewiesen.

Im anderen Falle hatte ein ehemaliger Invalidenrentenempfänger die Liquidationskommission verklagt, weil ihm infolge seines vor der Auflösung erfolgten Ausschlusses aus dem Unterstützungsverein „Senefelderbund“ die Invalidenrente entzogen wurde. Der Ausschluß war erfolgt, weil er als Galtswirt einen gegnerischen Arbeitsnachweis führte, der vom Bunde gesperrt war und der gegen dessen statutarische Bestimmungen verstieß. Auch diese Klage wurde vom Landgericht Berlin I zurückgewiesen; der Ausschluß besteht somit zu Recht.

Beide Urteile haben inzwischen Rechtskraft erlangt, so daß dadurch die obengenannten Generalversammlungsbeschlüsse als gesetlich und unanfechtbar anerkannt sind.

Soziale Rechtspflege.

Gewerkschaftsbeamte als Vertreter beim Gewerbegericht. Gegen die Zulassung eines Gewerkschaftsbeamten als Vertreter eines Arbeiters vor dem Gewerbegericht in Cassel hatte ein Fabrikant Einspruch erhoben.

nötige Ruhe und Objektivität gewahrt wird, kann sie nur nützlich wirken. Lassen sich einzelne, aus irgend einem Grunde verärgerte Kollegen zu Übertreibungen hinreißen, dann ist das allerdings bedauerlich.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. B. in Hamburg).

Uberschüsse sandten ein: Erlangen 750, Berlin C, Berlin H, Volkmarndorf je 400, Hamburg V, Sellenhausen, Emmendingen je 300, Osterwieck, Magdeburg, Hamburg IV, Charlottenburg je 250, Niederberg 230, Ettlingen, Wamburg, Degerloch, Forchheim, Dessau, Gonsenheim, Ansbach, Bieschen, Gewelsberg, Neu-Ruppin je 200, Mühlheim a. D., Schmoeinfurt, Königsberg, Nieb, Zwickau, Lorch, Homburg, Soden, Sindlingen, Schönefeld, Wilmerdorf, Eilenburg, Stetten, Wiesbaden, Wilhelmshagen, Leipzig II je 150, Siemehna, Blankenburg a. S. je 130, Waldstätten 120, Gaisburg, Cannstatt, Deuben, Saalfeld, Viebichenstein, Bredow, Duisburg, Hamburg II, Offenburg, Buchheim, Bergshausen, Altripp, Konstanz, Wschaffenburg, Neuklingen, Kirchheim, Rehenich, Gdingen, Bippoldshausen, Fechenheim, Friedrichsdorf, Sträßburg, Odenkoben, Ditingen, Salungen, Bombach, Alte Neustadt, Odriftel, Neuhausen, Brunsbütteltoog, Blankenburg i. Th., Bückeburg, Sandersacker, Spillingen, Winder, Langenweddingen, Kotschappel, Gärth, Bach je 100, Forz 81,35, Mastatt 90, Wensleben, Rehrenbach je 80, Waldheim 75, Pfaffenwiesbach, Gerford je 70, Ueterfen 60, Reichenbach, Wetterzube, Briz, Niedenstein, Böbnitz, Freiburg i. Schl. je 50, Unterböbdingen 68,24, Münden 40 Mk.

Table with 2 columns: Item and Amount. Summa der Überschüsse 18784,59 Mk., Beiträge von Einzelmitgliedern 2618,80, Eintrittsgeld von 23,80, Sonstige Einnahmen 884,50, Gesamteinnahme 16805,99 Mk.

Ausgabe im August: Zuschuß erhielten: Berlin F, Berlin G je 1000 Mk., Berlin J, Offenbach je 800, Berlin B, Gr.-Zimmern je 600, Berlin C, Köln II, Chemnitz, Frankfurt a. M., Vindennau je 400, Neu-Jenburg 350, Berlin D, Cassel, Charlottenburg, Halle, Reinickendorf, Weihensee je 300, Ohrdruf, Wörth je 250, Connewitz, Leipzig I, Sörbe, Kronach, Effen, Dortmund, Alzenau, Stade, Worms, Rohracker, Altenburg, Gelsenkirchen, Fürth, Hamburg V, Posen, Mundenheim, Dortmund, Brandenburg, Bonn, Jussenhausen, Ladenburg je 200, Lampertheim, Wahren, Zeulenroda, Feuerbach, Untertürkheim, Mückern, Neue Neustadt, Hornberg, Wippen, Münster je 150, Neustadt b. L., Soboda, Kothheim, Plauen i. V., Pflaumheim, Duzlau, Soffenheim, Eisenach, Weissenfels, Wilhelmshagen, Wilbel, Sülz, Neuhofen, Bidingen, Fretberg, Gailbach, Minden, Jossen, Welschneureuth, Hübelsheim, Schleißheim, Westhofen, Cottbus, Güstrow, Kirchheim, Mülln, Rheingönheim, Bremerhaven je 100, Meissen 58,15, Oschatz, Pritzwalk, Gelnhausen, Neuenburg, Fulda, Döbeln, Wintersdorf je 50 Mk.

Table with 2 columns: Item and Amount. Summa der Zuschüsse 18358,15 Mk., Krankengeld an Einzelmitglieder 2949,20, Sterbegeld 180, Sonstige Ausgaben 2998,36, Gesamtausgabe 24485,71 Mk., Gesamteinnahme 16805,99, Gesamtausgabe 24485,71, Abnahme des Vermögens 7679,72 Mk.

A. Guca, Hauptkassierer.

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern und Ortsverwaltungen hiermit zur Nachricht, daß der Ausschuß obiger Kasse in seiner letzten Sitzung an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Hermann Deyer den Unterzeichneten als Vorsitzenden gewählt hat.

G. M. F. Leischmann, Frankfurt a. M., Schürzgasse 56.

Briefkasten.

* Raum mangels halber mußten Korrespondenzen aus Kaiserlautern und Stuttgart für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Angsburg. G. Wir müssen auch solchen Mitgliedern das Wort verstaten, die mit den Einrichtungen im Verband nicht ganz zufrieden sind.

Versammlungs-Anzeiger.

Waldheim. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Grünen Aue“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung wichtig. Recht zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhalle befindet sich bei Kollege Gitting, Liebfrauenstraße 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-7 Uhr. Umfahrungen verboten.

Selmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhalle befindet sich in Lindenhof, Solzberg 27. Umfahrungen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen S. Kühne, Heinrichsplatz 1 zu richten.

Winden, Meß. Der Arbeitsnachweis für Tischler befindet sich in der Zentralfalle, Mittelstraße 18. Vermittlung 6-7 Uhr abends.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 21, geöffnet 8 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umfahrungen streng verboten.

Sonneberg. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Emil Han, Friedrichstraße 35. Geöffnet 12-1 Uhr mittags und 8-8 1/2 Uhr abends. Umfahrungen ist verboten. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt in der Herberge Restauration „Kohlenberg“.

Selm. Die Reiseunterstützung zahlt ab 1. September Chr. Dening, Neustraße 155, abends 7-8 Uhr.

Wettin a. S. Der Arbeitsnachweis für Korbmacher befindet sich beim Kollegen Gustav Marx, Mühlberg 255. Umfahrungen verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Gitter, Schmalbachstraße 1. Umfahrungen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Dettelsstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Zeulenroda. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei S. Guster, Untere Speckergasse 85. Verkehrslokal im Gewerkschaftshaus.

Richard Heinisch, Buchn. 838 840, geb. 25. 10. 1867 zu Mansfeld, wird wegen Familienangelegenheiten ersucht, seine Adresse zu senden an die Bahnhalle Ascherleben.

W. Wielan, Tischler, geb. zu Selmstedt, sende sofort Deine Adresse an Chr. Dening in Soltan, Garm, Neustraße 166. Auch Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden um seine Adresse gebeten.

Rudolf Knoll, Korbmacher, Buchn. 78746, geb. an Schlaube, sende Deine Adresse an Gust. Niediger, Müden a. M., Drettelstraße 116. Kollegen, welche ihn kennen, wollen ihn darauf aufmerksam machen.

Wilh. Brokrow, Tischler, Buchn. 129 400, hat in der Bahnhalle Gelsenkirchen noch Verpflichtungen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen die Adresse senden an den Gauvorsitzer Klug, Hartung, Düsseldorf, Venrath-Str. 6b.

Sylvester Loder, Tischler, geb. zu Gorbach, Ober-Bayern, sende Deine Adresse an W. Kollmer, Geestmünde, Seehausstraße 3. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen ihn hierauf aufmerksam machen.

Max Rätke, Drechsler, wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, die Adresse zu senden an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Verwaltungsstelle Neumünster Stiftungs-Fest am Sonnabend den 19. September im Konventgarten. Anfang abends 8 Uhr.

Unsere Monatsversammlung findet am Sonnabend den 26. September statt. Jeder Kollege muß erscheinen. Der Vorstand.

Magdeburg.

Am 8. d. M. ist unser Bureau verlegt nach Große Storch-Str. 71. Reiseunterstützung wird nur hier bezahlt. Die Herberge ist verlegt nach Faßlochsberg 9, Zur Neuen Welt.

Suche für meine Abteilung Holzriemenscheiben und Chamottmodelle einen tüchtigen Tischler, am liebsten verheiratet und solchen, der schon auf Holzriemenscheiben gearbeitet. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Lohnforderung zu richten an Otto Jörn, Al. Müden a. Harz.

Jüngerer tüchtiger Tischler auf sofort gesucht. Wilh. Wolter, Dassel a. Solling, Hannover.

Gesucht ein jüngerer gewandter Tischler, mit Maschinen vertraut und etwas Fähigkeit im Zeichnen und Kalkulieren, und ein tüchtiger Möbelpolierer für dauernde Beschäftigung. Offerten mit Ansprüchen an W. Hansen, Möbelfabrik, Crivitz, Meckl.

Ein junger, tüchtiger Tischler erhält sofort Arbeit auf Bau und Möbel. Güter Lohn. H. Sauerhoff.

Suchen wir in Braunschweig tüchtige Tischler, welche auf gut. Einzelhandel od. Zimmereinbau u. Zeichnung. Off. unt. R. D. 132 an Exp. d. Ztg. erb.

Tüchtiger Einrahmer, selbständiger Arbeiter, sofort gesucht. Bewerbungen mit Lohnansprüchen an Ed. Müller, Wied Nachf., Kunsthandlg., Straßburg, Elsaß, Koleneck 22.

Ginige tüchtige, ältere und jüngere Rammacher auf Schilbpatz und Zelluloidhaarschmuck geübt, sowie ein Polierer finden dauernde Beschäftigung. Erwin Oskar Schmidt, Rammfabrik Weinheim a. B., Birkenauertal.

Einen Korbmacher sucht Paul Krausenstein, Tefsin Meckl.-Schwerin.

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie. Liste gratis. L. Fogelberg, Heinsberg, Rheinl.

Korbmacher, Mattarbeiter, stellt ein Fr. Ring, Spandan, Seeburgerstraße 18.

Tüchtiger Vorarbeiter, welcher in allen Arbeiten der Bürstenbinderbranche durchaus erfahren ist, sofort gesucht. Gest. Off. beschr. unt. S. G. 133 die Exp. d. Ztg.

Verschenkt wird ein jeder ein solider und gut arbeitender Brennaparat. Jeder Tischler sollte die so beliebte und leicht ausführbare Brandmalerei betreiben. Näheres gegen Freimark. Musterbuch über Vorlagen für Brandmalerei, Tischbrand und Schnitzerei (800 Abbildg.), E. Spieler, Leipzig-R., Eilenburgerstr. 10/11.

Tischler-Pachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Städtlich subv. Progr. kostenlos.

Billige Malvorlagen

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra) 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Landschaften, Figürliches etc.), früherer Wert 8-10 M. Für 3 M. (Porto 60 Pf. extra) 20 schönere größere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Amoretten-Kompositionen, Figürliches etc.), früherer Wert 20-25 M. E. Haberland in Leipzig-R.

Stomkes Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Begefahrte, 356 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.

Größte deutsche Tischler-Fachschule Demold. Bew. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbststudium empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Sittarten. Mk. 4. Direktor Reincking, Demold.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Maibaum.

Tischlerwerkzeuge

anerkannt, das Beste, fabriziert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preisl. z. Dienst.

Aubsägerei

Kerbschnitzerei, Solzbrandmalerei. Defekt am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Solz J. Brendel, Mutterstadt 95, Maß. Reichhalt. Katalog gratis u. franko. Laubsägeholz von 1 Markt an.

Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe von Jean Blos, Stein-Nürnberg.

Viele 1000.

verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen und Können, ihre sichere einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekanntesten Selbstunterrichtswerke System Karnak-Hachfeld. Von der Bauschreinerschule, Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule liefern wir Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Bonness & Hachfeld - Potsdam-R. 1.

Paul Horn, Berlin-Hamburg 23

zwei deutsche Reichspatente

Nach meinem durch zweifache Porenfüllung werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuerder flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelanschwitzten, Rissigwerden der Politurdecke, welsse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend: 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 „ Patent-Politur zum Reinpulieren 1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Auszielen von Kehlleisten usw. 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drehsler-, Bildhauerlack) 1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“ 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1 „ Bimsstein-Polierpulver, hellbraun 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkscheibeklotz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 8. Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren a 8 Mark.

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40 farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenseck-Brann, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hummel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Grax, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Theodor Neumann in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.